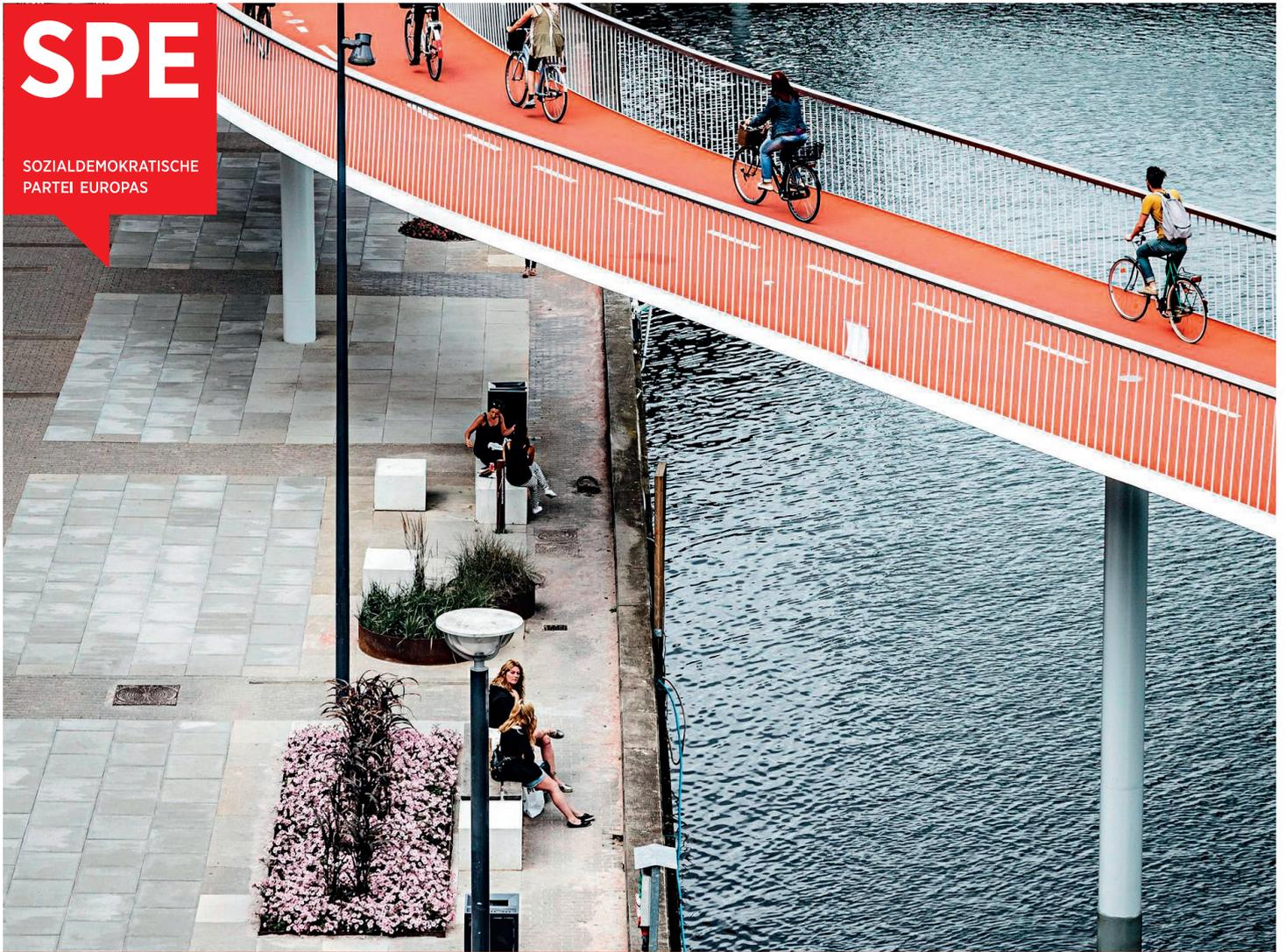


SPE

SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI EUROPAS



Der Weg

**zu progressiven und
nachhaltigen Städten**

Vorwort

Als wir Sozialist*innen und Demokrat*innen uns in unserem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 dazu verpflichteten, die Herausforderungen anzugehen, mit denen unsere Bürger*innen überall in Europa konfrontiert waren, wollten wir ein Jahrzehnt neoliberaler Sparmaßnahmen beenden, die unser soziales Gefüge, unsere öffentlichen Dienstleistungen und Lebensgrundlagen zerstört hatten. Die europäischen Bürger*innen, ob jung oder alt, in den Städten oder auf dem Land, brauchten Unterstützung beim Zugang zu guten Arbeitsplätzen, Bildungschancen, Gesundheitsdienstleistungen und bezahlbarem Wohnraum. Wir waren überzeugt, dass der Staat wieder aktiv werden muss, um Fehlentwicklungen des Marktes zu korrigieren. Das letzte Jahr hat uns deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnt.

Um die Kraft der Gemeinschaft zur Lösung der wichtigsten Probleme der Gesellschaft zu entfalten, müssen die nationalen Regierungen mobilisiert werden, doch letztendlich kommt es auf das Engagement der Bürger*innen auf den verschiedenen Ebenen der lokalen Demokratie an. Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen ist sowohl Aufgabe der Städte und Regionen als auch der nationalen Regierungen, die unter dem Gewicht ökonomischer Diktate gleichermaßen zu kämpfen hatten. In unserem Wahlprogramm hatten wir bereits zwei Aktionsbereiche aufgezeigt, die für städtische Gebiete besonders relevant sind: Wohnraum und Verkehr.

„Durch die Verbesserung der Mobilität und Luftqualität und die Bereitstellung von bezahlbarem und energieeffizientem Wohnraum können wir die Lebensqualität der Bürger*innen entscheidend verbessern. Mit diesem Ziel werden wir ein Programm für bezahlbaren Wohnraum und saubere öffentliche Verkehrsmittel in Europa fördern.“

Wenn wir auf die Reaktionen in der ersten Phase der COVID-19-Pandemie zurückblicken und uns die Aussichten auf Erneuerung und Wiederaufbau anschauen, ist es klarer als je zuvor, dass die europäischen Städte nicht einfach weiter machen können wie bisher.

Im vergangenen Jahr ist die Resilienz der Städte bis aufs Äußerste strapaziert worden. Die lokalen öffentlichen Dienstleistungen, von Krankenhäusern und Gesundheitszentren der Gemeinden bis hin zu Schulen und Sozialeinrichtungen haben sich in dieser Herausforderung bestens bewährt und ihre Aufgaben trotz zehnjähriger neoliberaler Sparpolitik in bewundernswerter Weise gemeistert. Im Namen unserer sozialdemokratischen Parteienfamilie möchte ich mich bei allen Mitarbeiter*innen bedanken, die sich seit Beginn der Pandemie an vorderster Stelle so engagiert eingesetzt haben.

In der aktuellen Situation, in der die meisten von uns im letzten Jahr größtenteils zu Hause bleiben mussten, haben sichere, warme und gute Wohnungen eine besonders große Bedeutung gewonnen. Übermäßige Kosten, Energieineffizienz, zu enge Wohnräume und Baufälligkeit sind in allen Mitgliedsstaaten ein Problem. Unsere Bürger*innen möchten nicht hören, dass die Europäische Union keine direkten Befugnisse in Fragen der Wohnungspolitik hat. Sie wollen Taten sehen. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass sich unser gemeinsamer SPE-Spitzenkandidat Frans Timmermans im Wahlkampf 2019 so nachdrücklich für bezahlbaren Wohnraum stark machte und sich als Exekutiv-Vizepräsident federführend für den europäischen Grünen Deal einsetzt. Seine Strategie einer Renovierungswelle ist ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung des europäischen Wohnungsbestandes. Wohnraum ist ein Anrecht und kein Markt, und die öffentlichen Behörden von der Europäischen Kommission bis zu den

Kommunen dürfen sich nicht davor scheuen, geeignete Maßnahmen für Wohnungsbau, Renovierung und Regulierung zur Überwindung der Krise zu ergreifen.

Die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen für alle, einschließlich auf lokaler Ebene, ist zentrales Anliegen unserer Partei. Ohne diese Maßnahmen wird es

nicht möglich sein, unsere europäischen und nationalen politischen Maßnahmen umzusetzen, um Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen, neue Chancen für die jungen Menschen zu schaffen und uns um ältere und vulnerable Menschen zu kümmern.

Sergei Stanishev, PES President



In meiner Funktion als Mitglied des Unterausschusses des Europäischen Parlaments und als Vorsitzender des SPE-Netzwerks für Umwelt, Klimawandel und Energie hatte ich das Privileg, zahlreiche Diskussionen zu der Frage zu leiten, welche Änderungen in unserem Alltag, im Verkehr, in der Produktion und im Verbrauch erforderlich sind, damit wir es schaffen können, im Rahmen unserer ökologischen Ressourcen zu leben. Aufgrund der Vielfalt der angesprochenen Themen, des hohen Innovationspotenzials der praktischen Vorschläge und der anspruchsvollen Beiträge der beteiligten Personen war die Arbeit an diesem Dokument jedoch eine besonders bereichernde Erfahrung. Mein Dank gilt den Mitgliedern des Umweltnetzwerks, ohne deren fundierte Kommentare und einschlägige Analysen dieses Grundsatzdokument nicht zustande



Javi López, Vorsitzender des SPE-Netzwerks für Umwelt, Klimawandel und Energie

gekommen wäre. Gleichzeitig bedanke ich mich bei meiner Kollegin und Vorsitzenden des SPE-Netzwerks Soziales Europa, Agnes Jongerius, sowie allen ihren Mitarbeiter*innen für ihr zeitliches Engagement und ihre Beiträge.

Angesichts der Tatsache, dass drei Viertel der Europäer*innen in und im Umfeld von Städten leben, liegt es auf der Hand, dass wir mit Verbesserungen in den urbanen Zentren einen entscheidenden Beitrag leisten können, um Treibhausgasemissionen und Abfallmengen zu reduzieren. Dies kommt den Menschen in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen zugute.

Die Luftverschmutzung ist ein weiteres Problem, das dringend gelöst werden muss. Laut Schätzungen der Europäischen Umweltagentur sind 2020 fast 400.000 vorzeitige Todesfälle in der EU auf Luftverschmutzung zurückzuführen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es uns gelingen muss, den Verbrennungsmotor, ineffiziente Heizsysteme und die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen aus unseren Städten zu verbannen. Für uns Sozialdemokrat*innen ist dies ein prioritäres Ziel. Grundpfeiler für eine erfolgreiche ökologische Umwandlung sind die Sozialpolitik und der demokratische Dialog. Es ist ein sozialdemokratisches Grundprinzip, dass Nachhaltigkeit nicht nur als ökologische, sondern auch eine soziale Frage zu betrachten ist. Ich denke, diese beiden Dimensionen des ökologischen Wandels kommen in diesem Grundsatzpapier gut zum Ausdruck, und ich hoffe, dass die Leser*innen hier viele nützliche Anregungen finden, um weitere fortschrittliche stadtpolitische Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Seit mehr als einem Jahrhundert zeigt unsere Bewegung, dass radikale neue politische Ideen am besten auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden können. Die zahlreichen hier aufgeführten innovativen Lösungen stellen dies erneut unter Beweis. In den europäischen Institutionen, den nationalen Regierungen, den regionalen und lokalen Behörden setzen wir uns als Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen konsequent für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft ein.

Es gehört zu den Grundüberzeugungen unserer politischen Parteienfamilie, dass unsere Gesellschaften eine gemeinsame Verantwortung, insbesondere gegenüber den verletzlichsten Mitgliedern, tragen. Wir glauben an die Fähigkeit des Staates und seiner demokratischen Vertreter*innen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene, das Leben aller Bürger*innen zu verbessern.

Während der Pandemie konnten sich die Bürger*innen darauf verlassen, dass die städtischen Behörden Lösungen liefern, die auf die Herausforderungen vor Ort zugeschnitten waren. Mit Notunterkünften, sozialer Betreuung für ältere und hilfsbedürftige Menschen, IT-Ausstattung für den Distanzunterricht und vielen anderen Initiativen haben die lokalen Behörden erneut unter Beweis gestellt, welche wichtige Rolle sie spielen, wenn es darum geht, Solidarität in die Praxis umzusetzen.

Als SPE wollen wir sicherstellen, dass ihre Stimmen in der europäischen Politik wahrgenommen werden. Wir wissen, dass wir uns in dieser Hinsicht auf die hervorragende Arbeit der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen verlassen können, der die Städte und Regionen auf europäischer Ebene vertritt. Ihre Beiträge zu diesem Dokument waren von unschätzbarem Wert, ebenso wie die von PES Local, der Vereinigung sozialdemokratischer Kommunalpolitiker*innen. Ihnen allen gilt unser Dank für die hervorragende Arbeit. Aufgrund meiner Erfahrung als gewählter lokaler Abgeordneter hatte ich große Freude an unserem Austausch über sozialen Zusammenhalt, Bildung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Als vor Ort engagierte Sozialist*innen sehen wir, dass wir wirklich etwas bewirken können, und das macht unsere Stärke als politische Familie aus.

Aus den verschiedenen Beiträgen ist nun ein umfassendes Dokument entstanden, das die gesamte Bandbreite



Yondec Polet, Stellvertretender Generalsekretär der SPE

der lokalen Politik abdeckt. Neben der Empfehlung, die räumliche Struktur der Städte zu überdenken und mehr Platz für Parks und Grünflächen zu schaffen, werden auch allgemein zugängliche und gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen sowie Voraussetzungen für einen gesünderen Lebensstil gefordert. Das Thema Wohnraum steht im breiteren Kontext der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sowie der Investitionen in Kinder und Jugendliche.

Städte bilden dynamische Wirtschaftsstrukturen, die auf effiziente Transportsysteme angewiesen sind. Doch sie müssen mehr zur Reduzierung ihres ökologischen Fußabdrucks tun.

Wir wissen, dass nichts von alledem ohne angemessene Unterstützung seitens der EU und der nationalen Regierungen erreicht werden kann, daher ist dies unser Aufruf zum Handeln: Investieren Sie in die Städte und ihre Bürger*innen und die Union wird insgesamt davon profitieren!

Erklärung des Vorsitzes des SPE

Fortschrittliche und nachhaltige Städte:

- Unsere Vision für eine städtische Politik nach Covid-19

Vom SPE-Präsidium am 18. Februar 2021 verabschiedet

Drei Viertel der Bevölkerung der Europäischen Union leben in Städten oder in städtischem Umfeld. Unsere Stadtgebiete sind mit mehreren grundlegenden Herausforderungen konfrontiert, für die dringend politische Lösungen gefunden werden müssen. Ungleichheit und Armut nehmen zu, während sich gleichzeitig die Klimakrise verschärft.

In ganz Europa haben die Bürger*innen gesehen, dass sie sich auf die Vertreter*innen unserer Bewegung in den lokalen und regionalen Behörden verlassen können, wenn es um öffentliche Dienstleistungen, Nachhaltigkeit und Sicherheit geht. Wir unterstützen die Tausenden sozialdemokratischen und fortschrittlichen Bürgermeister*innen und Stadträt*innen und begrüßen die enge Zusammenarbeit mit der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen und dem Basisnetzwerk PES Local.

Die Stärkung unserer Demokratien kann nur durch eine umfassendere Beteiligung der Bürger*innen gelingen, beginnend auf der Ebene der Kommunalverwaltung, die den Bürger*innen am nächsten steht.

- **Wir wollen wachsende Ungleichheiten und jegliche Formen der Armut in den Städten bekämpfen, indem wir einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik einleiten, uns für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und schulische und berufliche Bildung einsetzen sowie Migrant*innen und Asylbewerber*innen aktiv einbeziehen. Durch unsere Wahlkampagne im Vorfeld der Europawahlen 2019, das engagierte Auftreten unseres gemeinsamen Spitzenkandidaten und jetzigen Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, und die Veranstaltungsreihe im Rahmen der Progressive Housing Week im Januar 2021 ist es uns gelungen, das europaweite Ausmaß der Wohnungskrise in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Über 85 Millionen Europäer*innen sind mit ihren Wohnungskosten finanziell überlastet. Der Grundsatz 19 der Sozialen Säule verpflichtet uns, bedürftigen Menschen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, doch dies reicht leider nicht aus. Angesichts der massiven Finanzialisierung der Wohnungswirtschaft müssen wir Wohnraum zu einem Recht anstatt zu einer Ware erklären!**
- **Wir wollen das gesellschaftliche Wohlergehen fördern, indem wir mehr Investitionen für lokale Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangebote, Sport, Kunst und Kultur, mehr Grünflächen und öffentliche Sicherheit durch eine bürgernahe Polizeiarbeit bereitstellen.**
- **Wir wollen, dass die Städte die Vielfalt ihrer Bewohner*innen widerspiegeln, indem sie geschlechtsspezifischen Vorurteilen durch politische Maßnahmen entgegenwirken, Minderheiten fördern und deren vielfältige Erfahrungen in die Politikgestaltung einbeziehen sowie die Infrastruktur und**

Dienstleistungen an die Bedürfnisse älterer Menschen und Personen mit Behinderungen anpassen.

- Wir wollen ein Umdenken im Bereich der urbanen und interurbanen Mobilität erreichen, indem Investitionen in den öffentlichen Raum und Infrastrukturen statt für den privaten Pkw-Verkehr verstärkt für den öffentlichen Verkehr und sanfte Verkehrsträger sowie Fahrrad- und Fußgängerwege eingesetzt werden. Jedes Jahr sterben schätzungsweise 379.000 unserer Mitbürger*innen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. Wir stehen in der Pflicht, Maßnahmen gegen diese unzureichend wahrgenommene Gesundheitskatastrophe zu ergreifen, indem wir massiv in bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel und Straßeninfrastrukturen investieren, die auch für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geeignet sind. Die Stadt sollte den Kindern, Jugendlichen, Frauen, Eltern und älteren Menschen offenstehen, die überwiegend umweltschonende Mobilitätsformen nutzen und ein Recht auf eine grünere und gesündere Stadt haben.
- Wir wollen eine aktive lokale Demokratie fördern, die auf verantwortungsvoller Regierungsführung beruht, indem wir die Bürgerbeteiligung durch Konsultationsformate fördern, Kindern den Wert der bürgerlichen Teilhabe vermitteln, eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen auf Wahllisten unterstützen, uns für eine partizipative und geschlechtergerechte Haushaltsplanung einsetzen und eine umfassende Transparenz bei Beschaffungsentscheidungen sowie den Zugang zu öffentlichen Daten sicherstellen.
- Wir wollen nachhaltige Wachstumsstrategien entwickeln, die dazu dienen, die Rolle der Städte

als attraktive Zentren für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Innovationen zu bewahren, Formen der Kreislaufwirtschaft einzuführen, Abfallmengen zu reduzieren und sich an den Bedürfnissen von Einwohner*innen und Tourist*innen in einem ausgewogenen Verhältnis orientieren.

- Wir wollen, dass die Städte die ihnen zur Verfügung stehenden zweckgebundenen Finanzierungsinstrumente in vollem Umfang nutzen, um Zukunftsinvestitionen auf der Grundlage solider öffentlicher Finanzen umzusetzen.

Die europäischen Städte verbindet eine gemeinsame Identität, die auf unserem Sozialmodell, unserem Engagement im Kampf gegen die Klimakrise und unserer demokratischen Geschichte beruht. Diese Werte werden durch die kulturellen Besonderheiten, die unsere Union ausmachen, zusätzlich gestärkt. Während wir uns nun auf die Aussicht auf Erneuerung und Wiederaufbau während und nach der Pandemie konzentrieren, müssen wir sicherstellen, dass Ideen für und Ideen von Europas Städten in unsere Zielstellungen für gerechte und nachhaltige Gesellschaften einfließen. Ohne eine neue Vision für die Stadt- und Regionalentwicklung wird Europa nicht in der Lage sein, sein volles Potenzial als herausragendes Beispiel für Klimaneutralität, integrative Demokratie und soziale Gleichheit zu verwirklichen. Die SPE wird weiterhin eng mit den Städten und kommunalen Vertreter*innen zusammenwirken, um diese Vorschläge in konkrete Verbesserungen im Leben unserer Mitbürger*innen umzusetzen.

Inhalt

1.	Einleitung	10
2.	Lebensqualität als Priorität	18
2.1.	Gebaute Umwelt und Grünflächen	19
2.2.	Gesunde Städte für ein gesünderes Leben	22
2.3.	Raum für Sport, körperliche Betätigung und körperliches Wohlbefinden	24
2.4.	Persönliche Entfaltung durch Kunst und Kultur	25
2.5.	Gewährleistung der Sicherheit in den Städten für alle	28
3.	Kampf um Gleichheit und Gerechtigkeit in der Stadtpolitik	30
3.1.	Wohnraum als Recht und nicht als ein Markt	32
3.2.	Beseitigung von Energie- und Wasserarmut	38
3.3.	Wohnungs- und Obdachlosigkeit adressieren	39
3.4.	Ein fairer Start für Kinder	40
3.5.	Chancengleichheit für Jugendliche und von sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen	41
3.6.	Sichere Zufluchtsorte für Migrant*innen und Asylbewerber*innen	42
4.	Verteidigung der Vielfalt durch eine inklusive Politik	44
4.1.	Eine feministische Stadt	45
	Fortschrittliche und nachhaltige Städte: Hintergründe und Kennzahlen	46
4.2.	Sicherstellen, dass die Stadt allen gehört	48
4.3.	Altersfreundliche und behindertengerechte Städte	50
5.	Umdenken im Bereich Mobilität für einen gerechten Übergang	52
5.1.	Aufteilung des Stadtraums	55
5.2.	Öffentlicher Verkehr	58
5.3.	Radfahrer*innen und Fußgänger*innen	60
6.	Förderung einer aktiven lokalen Demokratie und einer verantwortungsvollen Verwaltung	61
6.1.	Eine gesteigerte und verbesserte Bürger*innenbeteiligung	62
6.2.	Bildung der Bürger*innen von morgen	64

6.3.	Smarte Städte und öffentliche Dienstleistungen, die auf die Bedürfnisse der Einwohner*innen eingehen	66
6.4.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	68
7.	Aufbau von Stadtwirtschaften für die Mehrheit	70
7.1.	Dynamische Zentren der Wirtschaftstätigkeit und sozialen Innovation	72
7.2.	Kommunale Kreislaufwirtschaft zur Abfallvermeidung	76
7.3.	Ein faireres Angebot für den Tourismus	78
8.	Bekräftigung unserer Verpflichtung zu langfristigen Investitionen in die Städte	80
8.1.	Öffentliche Finanzierung	81
8.2.	EU-Fördermittel	82
8.3.	Private Finanzierung	84
9.	Zusammenfassung	86



www.pes.eu



www.facebook.com/PES.PSE



www.twitter.com/PES_PSE



www.instagram.com/PES_PSE

Sozialdemokratische Partei Europas
(Party of European Socialists)
10-12 Rue Guimard
B-1040 Brüssel
Belgien

EINLEITUNG

Kommunen, Gemeinden und Städte sind die kleinsten Einheiten unserer demokratischen Gesellschaften – die Politik entstand in der polis, der Stadt. Unsere sozialistische und sozialdemokratische Arbeiter*innenbewegung hat ihren Ursprung in den Großstädten des 19. Jahrhunderts, die sich durch eine rasante Industrialisierung und Urbanisierung sowie die damit einhergehenden Ungleichheiten und schwierigen Lebensbedingungen kennzeichneten. Unsere Bewegung hat viele wichtige Siege in ganz Europa errungen, von der Errichtung von Sozialwohnungen und der Schaffung eines öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zur Bereitstellung neuer Schulen und anderer öffentlicher Dienstleistungen (und Einrichtungen) für die wachsende Zahl an Stadtbewohner*innen. Die Städte stehen heute vor zahlreichen Herausforderungen, in der Folge struktureller Veränderungen, die unsere Gesellschaften durchlaufen und die städtischen Gebiete stärker betreffen. Die von uns nachstehend dargelegten Maßnahmen sollen die soziale Gerechtigkeit fördern, Armut beseitigen, eine harmonische soziale Vielfalt und Gleichheit unterstützen, Hindernisse in Verbindung mit dem Zugang zur Stadt überwinden und Umweltverschmutzung sowie den Verfall der städtischen Umwelt bekämpfen. Wir fordern, dass die Städte die von ihnen benötigten Kompetenzen und Ressourcen erhalten, damit sie ihre Ambition für eine angemessene und gerechte Stadtentwicklung umsetzen und vorantreiben können.

Ein Jahrzehnt neoliberaler Sparpolitik, das Aufstreben der Gig Economy und die Prekarisierung der Arbeitsplätze führten in den Städten weltweit zu einer Flut der Ungleichheit und Segregation. In unserer Vision packen

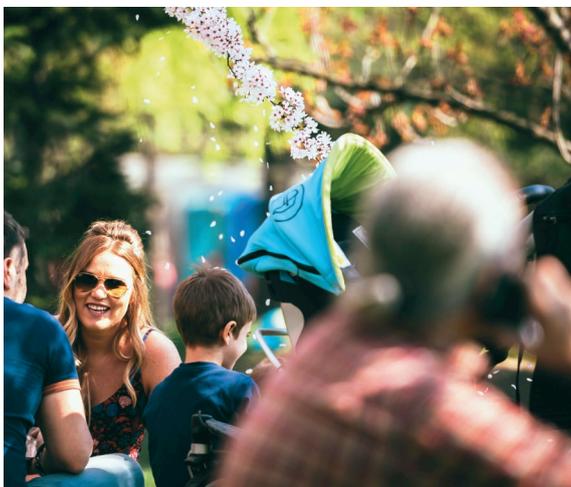
die Städte stattdessen das Problem von Armut und Ausgrenzung an und bieten allen die Möglichkeit, individuellen Erfolg zu haben und gleichzeitig zum Wohl der Gemeinschaft beizutragen.

Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen sind am besten in der Lage, die doppelte Herausforderung von sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit anzupacken. Wo andere eine umweltverträgliche Politik in den Vordergrund stellen, die zusätzliche Belastungen für Familien mit durchschnittlichen und niedrigeren Einkommen schafft, wird unser Umweltbewusstsein von der Einsicht geprägt, dass die Energiewende eine Gelegenheit sein sollte, Ungleichheit zu verringern, die räumliche Segregation zu bekämpfen und alle Stadtviertel hinter einer gemeinsamen Agenda für den Wandel zu vereinen.

Für die Allgemeinheit bestimmte Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, – die Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum, Kinderbetreuung, Schulen, Bibliotheken, Sporteinrichtungen, Bürger*innenhäuser, Ärzt*innenzentren, usw. – sind für eine hohe Lebensqualität unumgänglich und tragen dazu bei, Armut zu lindern. Den Städten fällt es allzu oft schwer, ausreichend Mittel aufzubringen, um auf diese Bedürfnisse eingehen zu können – damit muss Schluss sein. Derartige öffentliche Dienstleistungen schaffen Räume für öffentliche und gemeinschaftliche Initiativen, die den sozialen Zusammenhalt über alle Hürden des sozialen und wirtschaftlichen Hintergrunds, der ethnischen Zugehörigkeit und des Glaubens hinweg, fördern. Sie schaffen eine gemeinsame Grundlage und helfen jedem*jeder, Zugang zur Beteiligung am demokratischen

Leben der Stadt zu erhalten. Die Kommunen stehen mit dem Alltag der Bürger*innen in engster Verbindung, und wenn sie nicht über die entsprechenden Mittel verfügen, um allen Individuen gerecht zu werden, dann leidet das Vertrauen in die Institutionen und das Misstrauen innerhalb der Gemeinschaft wächst.

Viele Stadtviertel sind aufgrund unzureichender lokaler Verkehrsanbindungen von großräumigen Verkehrsnetzen abgeschlossen; diese geographische Ausgrenzung



Bukarest

schlägt sich in sozialer Ausgrenzung nieder. Der Zugang zu Arbeitsplätzen, Schulen, Kultur, Sport und allem, was eine Stadt zu bieten hat, darf nicht von der Lage der Wohnung in einem bestimmten Postleitzahlenbereich abhängen. In der Bemühung um Wiederherstellung eines dichten Netzes kommunaler Dienstleistungen und Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge arbeiten wir auf die Planung von "15 Minuten-Städten" hin, in denen die Bedürfnisse aller Einwohner*innen in kurzer Entfernung zu ihrem Wohnort erfüllt werden sollen.

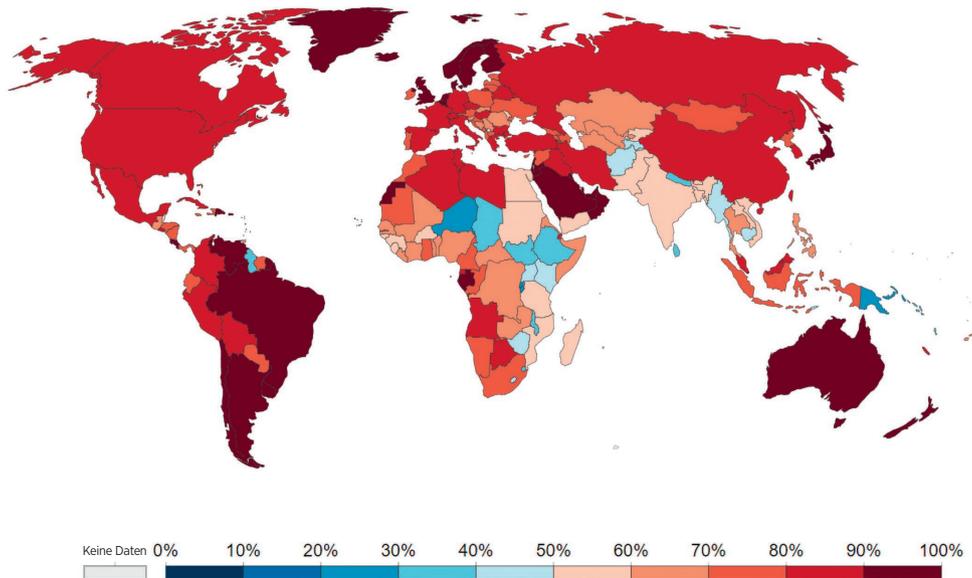
Die von uns geforderte Mobilitätswende muss sich umweltfreundlich gestalten. Dies kann nur mit Hilfe einer massiven und langfristig angelegten Investitionsstrategie erzielt werden, gegen die neoliberale und konservative Kräfte ihre ganze Energie aufwenden, anstatt gemeinsam mit uns einen progressiven Weg für das öffentliche Handeln in Stadtgebieten zu entwerfen. Mit Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen am Steuer können die Bürger*innen sicher sein, dass die Ziele von Klimaschutz und Artenvielfalt in Bezug zur Verbesserung der Lebensqualität und der Chancen jedes*jeder einzelnen verstanden werden. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokrat*innen, darauf zu drängen, dass Städte ihre Rolle als Wegbereiterinnen von Umwelt- und sozialer Gerechtigkeit wahrnehmen können. Wir tun dies von unten her, über unsere Tausenden von Bürgermeister*innen und Stadträt*innen sowie Hunderttausenden von Basisaktivist*innen. Sie sind das Fundament unserer Bewegung, und ihr zentrales Engagement in unseren Kommunen trägt dazu bei, dass die Demokratie auf allen Regierungsebenen florieren kann. Als SPE arbeiten wir Hand in Hand mit der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen und der PES Local, um die Stimme der progressiven Städte in ganz Europa zu stärken, an der Seite unserer Mitgliedsparteien, Regierungen, EU-Kommissar*innen und Mitglieder der Progressiven Allianz der Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament. Indem wir die Entstehung und den Austausch neuer Ideen in unseren Netzwerken aus Minister*innen, MdEPs, Bürgermeister*innen und Politikexpert*innen erleichtern, tragen wir zum Aufbau umweltverträglicher und gerechter Gesellschaften bei, beginnend mit nachhaltigen Städten.

Was macht eine Großstadt zur Großstadt?

Die Städte entwickelten sich im Laufe der Geschichte zu Orten, an denen menschliches und wirtschaftliches Kapital zusammenströmten. Dieser Ballungseffekt schürte ein noch nie dagewesenes Wirtschaftswachstum, aber auch eine noch nie dagewesene soziale Ungleichheit. Die Aussicht auf einen festen Arbeitsplatz in Industrie und Dienstleistungssektor zog Millionen Europäer*innen ab dem Beginn der Industriellen Revolution in die Städte. Stadt und stadtnahe Gebiete machen heute 75 % der EU-Bevölkerung aus.

Anteil der in städtischen Gebieten lebenden Bevölkerung (Prognosen bis 2050)

Anteil der Gesamtbevölkerung, der in städtischen Gebieten lebt, gemäß UNO-Urbanisierungsprognosen bis 2050. Städtische Gebiete sind anhand nationaler Vorgaben definiert, die von Land zu Land variieren können.



Quelle: OWID anhand von UNO-Prognosen von 2018 zur weltweiten Urbanisierung und historischen Quellen (siehe Quellenangabe)

Die EU und die OECD haben eine ausgeklügelte Definition der Großstadt entwickelt: beginnend mit "Stadtzentren" – Gebieten mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 1.500 Einwohnern pro Quadratkilometer und insgesamt mindestens 50.000 Einwohner*innen – umfasst eine Großstadt jede Gemeinde, deren Gebiet zu mindestens 50% innerhalb des Stadtgebiets liegt.¹ Entsprechend dieser Definition verfügt die EU über ungefähr 700 Großstädte, welche von ihren 27 Hauptstädten bis zu ihren 127² Städten zweiten Ranges („second tier cities“) und kleineren Städten auf dem ganzen Kontinent reichen.

Über die akademische Definition hinaus werden die Städte über die für sie gemeinsam geltenden Herausforderungen und Chancen geeint, obgleich in unterschiedlichem Maße. Städte sind dichte Gebilde, was sie zwar zu Impulsgebern der Wirtschaftstätigkeit macht, jedoch auch bewirkt, dass sie sich mit Herausforderungen in den Bereichen Wohnraum, Mobilität und Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge auseinandersetzen müssen; Städte sind facettenreiche Gebilde, eine Quelle der gegenseitigen kulturellen Bereicherung und generationenübergreifender Solidarität, aber auch ein potenzieller Faktor für Spannungen und Ausgrenzung. Mutiges

fortschrittliches Handeln kann Städten jeder Größe helfen, ihr Potenzial als Laboratorium für den gerechten Wandel auszuschöpfen, den unsere Bürger*innen und unser Planet dringend benötigen. Dieses Papier soll unsere ehrgeizigen Ziele und eine Reihe politischer Lösungen vorstellen, die auf Städte jeglicher Art übertragen werden können.

Wir sind bestrebt, eine progressive Vision zur Umsetzung nachhaltiger Städte darzulegen, ohne Vorschriften im Hinblick auf erforderliche finanzielle Ressourcen und institutionellen Aufbau zu erlassen.

Städte sind keine Inseln und die Beziehung zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten muss durch eine enge Zusammenarbeit gekennzeichnet sein. Wenn es um Fragen der Mobilität, der Bildung und der Beschäftigung geht, müssen die Stadtverwaltungen sich auch weiterhin der Gravitationswirkung bewusst sein, welche sie auf die sie umgebenden Gebiete ausüben, und sich bemühen, deren Bedürfnisse so weit wie möglich zu berücksichtigen. Die Territoriale Agenda 2030³ der EU siedelt diese Ziele des geographischen Gleichgewichts in unserer breiter angelegten Strategie der Förderung eines gerechten und angemessenen Wandels an.

Berlin



Unsere Vision für gerechte und nachhaltige städtische Räume

Der Klimawandel macht ein grundlegendes Umdenken über die bisherige Funktionsweise des Stadtlebens erforderlich. Die tiefgreifende Umstrukturierung, welche erforderlich ist, damit unsere Klimaziele erfüllt werden können, wird sich auf die alltäglichen Gewohnheiten aller Bürger*innen auswirken. Aus diesem Grund unterstützt die SPE einen gerechten Wandel, welcher sowohl für die Menschen als auch von den Menschen gestaltet wird. Zugeständnisse und Kompromisse sind erforderlich, sobald die Klimakrise angegangen wird; es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokrat*innen, einen Weg nach vorn festzulegen, der sich offen und integrativ gestaltet, nicht von oben herab und verordnend.

Wir sind davon überzeugt, dass die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft gerecht sein muss – oder sonst überhaupt nicht stattfinden wird. Unsere nachhaltige Zukunft beginnt mit der Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der VN und der Europäischen Säule sozialer Rechte. Unsere Agenda für nachhaltige Städte beginnt mit der Adressierung von Ungleichheit und der Förderung von Wohlbefinden. Unsere Vision für nachhaltige Städte macht sich zum Ziel, fünf große Kernfragen für die Stadtgebiete des 21. Jahrhunderts zu beantworten: Wie kann die Lebensqualität der Einwohner*innen verbessert werden, wie können Gleichheit und Gerechtigkeit sichergestellt werden, wie können die neuen Herausforderungen im Bereich Mobilität angepackt werden, wie können lokale Demokratie und Partizipation verbessert werden und wie können lokale nachhaltige Investitionen gefördert werden. Sich diesen Herausforderungen zu stellen ist maßgeblich für die Umsetzung des nachhaltigen Entwicklungsziels 11: "Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten".

„Wir können keine ökologisch nachhaltige Gesellschaft aufbauen, wenn wir uns nicht gleichzeitig um soziale Nachhaltigkeit bemühen. Darum geht es bei der Schaffung einer lebenswerten Stadt und deshalb haben wir als erste schwedische Stadt die UNO Nachhaltigkeitsziele in unsere Stadtpolitik einbezogen. Bei diesen Zielen geht es um ökologische und soziale Nachhaltigkeit und beide Aspekte liegen uns auch am Herzen.“

- Katrin Stjernfeldt Jammeh, Bürgermeisterin von Malmö, Schweden





„In der Vergangenheit ist es uns als regionalen Regierungen oft gelungen, mangelnde sozialpolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene auszugleichen. Jedoch müssen alle Regierungsebenen ihre Aufgaben und ihre Verantwortung gegenüber den Bürger*innen wahrnehmen.“

- Nicola Zingaretti, President of Lazio Region, Italy

Die Städte-Agenda der EU und die Neuauflage der Leipzig-Charta

Im Jahr 2016 verabschiedeten die für Städteplanung zuständigen Minister*innen den Pakt von Amsterdam, in dessen Rahmen eine Städteagenda für die EU dargelegt wurde.⁴ Bei der Städteagenda handelt es sich um eine mehrstufige Arbeitsmethode zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, den Städten und ihren europäischen Netzen, der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und anderen Beteiligten, um Wachstum, Zusammenhalt und Umverteilung anzuregen. Vierzehn Partnerschaften sind bislang entstanden, welche sich mit Themen wie Wohnraum, urbaner Armut und Mobilität befassen.

Die Leipzig-Charta zur nachhaltigen Stadt, in der die gemeinsamen Grundsätze der EU für die Stadtentwicklung im Jahr 2007 erstmals dargelegt wurden, wurde im Dezember 2020 von den Regierungen der Mitgliedsstaaten verlängert.⁵ Diese Neuauflage der Leipzig-Charta soll zu eingehenderen Überlegungen über die Städteproblematik im Rahmen der Entwicklung der europäischen Politik beitragen.

Neue Instrumente oder Finanzierungsressourcen sind zwar wichtig, aber es könnte bereits deutlich mehr über eine bessere Koordination der bestehenden Möglichkeiten getan werden. Die Städteagenda der EU soll einen besser strukturierten, regelmäßigen Dialog zwischen den Städten, den Institutionen der EU und den Mitgliedsstaaten fördern, wodurch Zuständigkeiten von der EU-Ebene potenziell auf Stadtgebiete verlagert werden könnten. Die für das städtische Umfeld zuständige interfraktionale Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments sollte als dynamisches Forum zur Besprechung dieser Fragen dienen. Zusammen mit der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen und der S&DFraktion im Europäischen Parlament drängen wir auch weiterhin auf eine ehrgeizige, politisch verbindliche EU-Städteagenda. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Politik der EU die Bedürfnisse der Städte versteht und die Kommunalverwaltungen gleichzeitig in die Lage versetzt werden, eine geschickte, nachhaltige und integrative Politik zu fördern und der EU sowie den Behörden der Mitgliedsstaaten Orientierungshilfen zur Festlegung ordnungspolitischer Parameter in Bezug auf Gesetzgebung, Infrastrukturen und Finanzressourcen vorzulegen.



LEBENSQUALITÄT ALS PRIORITÄT

Städte sind ein Magnet für Menschen in allen Lebenslagen. Der Schlüssel zum sozialen Wohlbefinden in der Stadt ist ein ausgeprägter Kohäsionssinn, gefördert von einem Gefühl der Zugehörigkeit und Verbundenheit.

Als Sozialdemokrat*innen sind wir davon überzeugt, dass es vorrangige Aufgabe der Stadtverwaltung ist, das Wohlbefinden der Bürger*innen zu fördern. Es ist kein Zufall, dass die zwei europäischen Städte, die es in die Top 10 der lebenswertesten Städte der Zeitschrift The Economist geschafft haben, nämlich Wien und Kopenhagen, seit mehr als einhundert Jahren von Sozialdemokrat*innen regiert werden.⁶ Der Schlüssel zu

diesem Erfolg sind Investitionen in kostenlose und erschwingliche Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die allen Bürger*innen offen stehen und auf ihre Bedürfnisse eingehen. Wo es den Zentralregierungen mitunter nicht gelingt, diese grundlegenden Dienste bereitzustellen, füllen sozialdemokratische Städte diese Lücke aus und machen Versäumnisse wett. Anstelle der auf den kurzfristigen Gewinn ausgerichteten neoliberalen Logik verfechten wir einen Ansatz, bei dem Wohlbefinden und Lebensqualität aller Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Wohlbefinden legt den Schwerpunkt auf jeden*jede Bürger*in und bietet jedem*jeder individuelle Verwirklichung bei gleichzeitiger Befriedigung der Bedürfnisse der Gemeinschaft.⁷ Der Mensch sollte im Mittelpunkt der öffentlichen Politik stehen, von der Ebene der EU bis ganz hinab zu den Ortschaftsräten, indem kollektives Handeln in spürbare Verbesserungen für jeden*jede Bürger*in umgesetzt wird. Unsere Vorschläge zu Wohnraum und Mobilität, gepaart mit unserer Neugewichtung von Investitionen in die Qualität und den Zugang zu Dienstleistungen und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge münden darin, einen Beitrag zur Verwirklichung der "15 Minuten-Stadt"⁸ zu leisten, folglich in die Umgestaltung großer Städte in Gebiete, in denen alle notwendigen Annehmlichkeiten – Wohnraum, Arbeitsplätze, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Läden – nur einen kurzen Fußweg entfernt sind. Wir möchten, dass der Mensch in den Mittelpunkt stadtpolitischer Grundsatzentscheidungen gestellt wird.⁹

Grande Place, Brüssel



2.1. Städtische Umwelt und Grünflächen

Die Natur liefert die Grundlage für die Gesundheit und das Wohlbefinden der europäischen Bevölkerung. Saubere Luft, sauberes Wasser und unbelastete Lebensmittel sind unverzichtbar, um Leben zu erhalten, während die natürliche Umwelt den Raum für Erholung, Entspannung und soziale Interaktion bietet. Dennoch sind 13 % aller Todesfälle innerhalb der EU auf Umweltverschmutzung zurückzuführen, der die Menschen zu Hause, am Arbeitsplatz und im Freien ausgesetzt sind.¹⁰

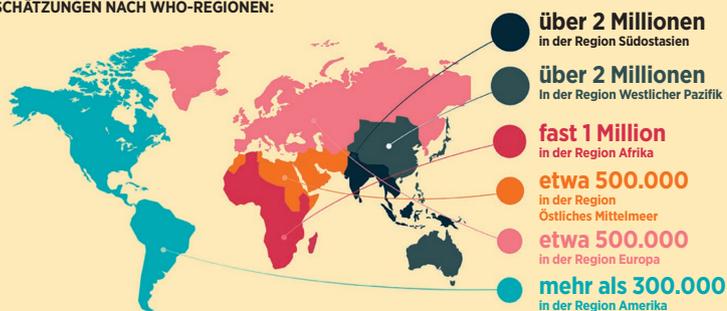
Umweltverschmutzung wird mit zahlreichen Krankheitsbildern in Verbindung gebracht, einschließlich Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfall, Atemwegserkrankungen und neurologischen Störungen. Luftverschmutzung und hohe Temperaturen erhöhen bekanntermaßen die Sterblichkeitsrate. Die städtische Umwelt bringt Menschen in besonderem Maße in Berührung mit Luftverschmutzung, Lärm und Chemikalien und bietet zugleich weniger Zugang zu Grünflächen als in einem stadtnahen und ländlichen Umfeld.

Ärmere Einwohner*innen sind besonders von Umweltverschmutzung betroffen. In den Londoner Stadtgebieten im höchsten Einkommensdezil machen Privatgärten ein Drittel des Bodens aus, während ein weiteres Drittel auf öffentliche Parks entfällt. Im untersten Einkommensdezil sinken diese Anteile auf ein Fünftel bzw. ein Viertel.¹¹ Die Covid-Lockdowns machten den Zugang zu Grünflächen und Erholungsgebieten noch exklusiver. Als die Länder weltweit Ausgangssperren verhängten, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, wurden Spielplätze und Parks plötzlich geschlossen, der Zugang zu Wanderwegen gesperrt und Freizeitangebote im Freien eingeschränkt. Die Bewohner*innen von Wohnungen ohne Zugang zu Privatgärten verfügten über keinerlei Zugang zur Natur mehr.

Botanischer Garten, Kopenhagen



SCHÄTZUNGEN NACH WHO-REGIONEN:



Wir beobachten das Phänomen, dass immer mehr öffentlicher Raum Outdoor-Aktivitäten gewidmet wird, beispielsweise durch die Sperrung von Straßen, damit Kinder sicher im Freien spielen können, und der Rückforderung von Parkplätzen an der Straße für Cafés, Bars und Restaurants, mit Wohlgefallen. Mit den in zunehmendem Maße drohenden sommerlichen Hitzewellen, welche insbesondere ältere und vulnerable Einwohner*innen belasten, sollte die Kühlwirkung von Grünflächen genutzt werden, um Straßen abzukühlen und Zuflucht vor der Hitze zu bieten.

Dies ist nicht die einzige naturbasierte Lösungsmöglichkeit für politische Herausforderungen. Mehr Grünflächen in städtischen Gebieten können Gesundheitsrisiken drastisch verringern, das Wohlbefinden erhöhen, das Klima regulieren, als Kohlenstoffspeicher dienen und die Natur in die Städte zurückbringen. Grünflächen, insbesondere in städtischen Gebieten, können als Zufluchtsort sowohl aus dem Blickwinkel des Umweltschutzes (Hitze, Verschmutzung...) als auch aus sozialer Sicht (Stress, Einsamkeit...) fungieren. Diese Räume verbessern in den Städten ebenfalls die

Qualität der städtischen Umwelt, indem sie Luft und Wasser filtern, eine Kühlwirkung erzeugen und Lärm dämpfen. Mit anderen Worten: Die Natur kommt dem Menschen zugute.

Durch die Speicherung von Regenwasser in der Vegetation und die Entwicklung von mehr städtischen Wasserreservoirs in öffentlichen Parks sowie den Schutz und die Renaturierung natürlicher Flüsse und Seen können wir die Lebensqualität für die Einwohner*innen deutlich erhöhen, indem wir Räume schaffen, welche die Stadt wirksam herunterkühlen, während wir gleichzeitig die Schaffung gut funktionierender städtischer Erholungsräume unterstützen. Die Versiegelung der Flächen (Beton, Straßenpflaster, usw.) setzt die Abwassersysteme maßgeblich unter Druck und kann in extremen Fällen zu Überschwemmungen beitragen, weshalb wir der Vegetation möglichst viel Boden zurückgeben müssen. Dieser Prozess sollte mit dem allmählichen Ausstieg aus der Verwendung von Pestiziden in städtischen Gebieten zugunsten der Gesundheit von Mensch und Tier einhergehen, wie in der im Mai 2020 vorgestellten Biodiversitätsstrategie der Europäischen Kommission gefordert.¹²

Grünflächen und Artenvielfalt sind nicht nur für Erholungszwecke von maßgeblicher Bedeutung, denn sich ihrer zu erfreuen kommt dem Wohlbefinden¹³ und der Gesundheit der Bürger*innen deutlich zugute. Die Erreichbarkeit und Nähe dieser Räume steht in engem Zusammenhang mit weniger Atemwegserkrankungen und geistiger Gesundheit.¹⁴ Der Zugang zu Grünflächen gestaltet sich für die Bevölkerung dennoch ungleich und hängt in umfangreichem Maße mit dem sozialen und wirtschaftlichen Status der Bürger*innen sowie der wirtschaftlichen Gesamtleistung der Mitgliedsstaaten zusammen, in denen die Bürger*innen leben, was den Zugang zur Natur zu einer Frage der Gleichstellung innerhalb unserer Gesellschaften macht.

- Sanierungsprojekte auf lokaler Ebene, einschließlich neuer Entwicklungen, sollten alle Potenziale des Pflanzenbewuchs mitdenken, so beispielsweise auf Dachflächen und Mauern.
- Sobald die Gelegenheit sich bietet, sollten die Stadtverwaltungen sich bemühen, Privatgrundstücke zurückzukaufen, um sie in zusätzliche öffentlich zugängliche oder für die Artenvielfalt geschützte Grünflächen zu verwandeln.
- Bei der Umstrukturierung von Verkehrswegen und der städtischen Mobilität muss in besonderem Maße darauf geachtet werden, Räume als Grünflächen einzuplanen.
- Die Erfüllung von Umweltschutzaufgaben muss für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfond und die Aufbau- und Resilienzfazilität gelten.
- Verabschiedung übersichtlicher Maßnahmen gegen die Versiegelung der Böden, Beobachtung des für die natürliche Vegetation zur Verfügung stehenden Landanteils und Unterstützung der Begrünung von Gebieten, die ihrer Natürlichkeit beraubt wurden, vor allem in den Städten. Dies alles ist von maßgeblicher Bedeutung, um das Problem der Hitzeinseln zu bekämpfen. Unter Führung der SPÖ führte Wien, zum zweiten Jahr in Folge, ein Netz "kühler Straßen" mit Trinkwasserbrunnen und Vernebelungsmaschinen ein. Die Stadt Barcelona ist bestrebt, 30 % ihrer Fläche mit Bäumen zu bepflanzen.
- Die Städte benötigen eine klare Wasserstrategie. Sie sollten das Verständnis des Wertes der Flüsse und sonstigen Gewässer im Hinblick auf Lebensqualität, Kühlwirkung und Artenvielfalt als Teil der öffentlichen Räume einbeziehen, sie sollten aber auch das Recht auf sauberes Trinkwasser über ein effektives Management der öffentlichen Wasserversorgung mit besonderem Augenmerk auf der Bewältigung von Wasserverlusten gewährleisten.
- Auf regionaler und landesweiter Ebene müssen Bauvorschriften und das Verkehrsmanagement angepasst werden, um sicherzustellen, dass eine möglichst kurze Entfernung zu Grünflächen sowie niedrige Lärmpegel und Emissionsbelastungsgrade allen Bürger*innen, jedoch insbesondere den gefährdetsten Gruppen zugesichert werden, die von einem diesbezüglichen Mangel unverhältnismäßig stark betroffen waren.



2.2. Gesunde Städte für ein gesünderes Leben

Die Bürger*innen benötigen einen angemessenen Zugang zur medizinischen Grundversorgung. Es liegt in der Verantwortung der Städte, eng mit den Gesundheitsbehörden zusammenzuarbeiten, um die Verteilung der medizinischen Einrichtungen derart zu verbessern, dass sie für alle Bürger*innen, insbesondere die vulnerabelsten zugänglich sind. Dies kann von der allgemeinärztlichen Grundversorgung bis hin zu spezifischeren Leistungen reichen, welche eine Kombination aus medizinischer Versorgung



Lyon

und sozialer Betreuung anbieten sollten, wie Familienberatungsstellen, Familienförderung und Senior*innendienste.

Dies schöpft bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten aus, die von Städten genutzt werden können und sollten, um die körperliche und geistige Gesundheit ihrer Einwohner*innen zu verbessern. Im politischen Leitfaden von Juli 2020 *Affordable and quality healthcare for all*, der vom PES Social Europe Network erstellt und vom Vorstand der SPE begrüßt wurde, fordern wir die Anwendung des Prinzips "Gesundheit in allen Politikbereichen" als einen kohärenten und ganzheitlichen Ansatz zur

Förderung eines langen und gesunden Lebens für alle. Dies bedeutet, dass jede öffentliche Politik und alle öffentlichen Einrichtungen – Schulen, Sport, Landwirtschaft und vor allem Stadtplanung – die Förderung maßgeblicher Gesundheitsziele im Rahmen ihrer Planung, ihrer Umsetzung und ihres Betriebs anstreben sollten.¹⁵

Zusätzlich zu sauberer Luft und der Möglichkeit, sich jeden Tag körperlich zu betätigen, liegt es in der Verantwortung der Städte, sicherzustellen, dass die Einwohner*innen aller Altersgruppen und jeglicher Herkunft Zugang zu hochwertiger Nahrung haben, die bezahlbar, gesund und aus ökologischer sowie sozialer Sicht nachhaltig ist. Das im Jahr 2015 von der progressiven Mailänder Stadtverwaltung in die Wege geleitete globale Mailänder Abkommen über Städtische Ernährungspolitik erinnert uns: "Die Städte, in denen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, müssen bei der Entwicklung nachhaltiger Ernährungssysteme und der Förderung gesunder Ernährungsweisen eine strategische Rolle spielen. Da die Ernährungspolitik eng mit vielen anderen städtischen Herausforderungen und Politikfeldern verbunden ist, wie Armut, Gesundheit und sozialem Schutz, Hygiene und Gesundheitspflege, Raumplanung, Verkehr und Handel, Energie, Bildung und Katastrophenvorsorge, ist es maßgeblich, einen umfassenden, fachübergreifenden und interinstitutionellen Ansatz zu verfolgen."¹⁶ Die neue Strategie der EU „Vom Hof auf den Tisch“ bietet ebenfalls die Gelegenheit, Lebensmittelsicherheit, Ernährung und öffentliche Gesundheit für Stadtbewohner*innen zu verbessern.¹⁷

Gesunde Ernährung ist für ein gesundes Leben ausschlaggebend, insbesondere in den frühen Entwicklungsphasen der Kindheit. Unser Vorschlag für eine europäische Kindergarantie umfasst eine Verankerung

des Rechtes des Kindes auf angemessene Ernährung im EU-Recht. Die für den Betrieb von Schulkantinen zuständigen Stadtverwaltungen befinden sich in einer bevorzugten Stellung, um einen bezahlbaren Zugang – sowie Bildungsmaßnahmen – zu gesunder und ausgewogener Ernährung zu fördern. Diese Ziele sollten auf alle Arten der von den Stadtverwaltungen betriebenen Gemeinschaftsverpflegung ausgeweitet werden, einschließlich Gemeinschaftskantinen für Senior*innen und Randgruppen.

Erste Anzeichen aus den USA legen nahe, dass Isolation und Einsamkeit sich negativ auf die geistige und kardiovaskuläre Gesundheit älterer Mitbürger*innen auswirken¹⁸, so dass Städte alle möglichen Schritte einleiten müssen, um sicherzustellen, dass jede öffentliche Initiative, Einrichtung oder Veranstaltung für Ältere zugänglich ist, zum Beispiel durch Vermeidung rein digitaler Verfahren.

In mehreren Städten kam es zu einem pragmatischen, faktengestützten Ansatz in Bezug auf die Drogenpolitik, der Drogen eher als ein Problem der öffentlichen Gesundheit denn ein Kriminalitätsproblem behandelt. Die Städte sollten zusammen mit den Gesundheitsbehörden an diesem Paradigmenwechsel arbeiten, indem sie Einrichtungen zur Betreuung von Drogenkonsument*innen und –abhängigen bereitstellen, anstatt sie zu verdrängen. Die Schweiz ging richtungsweisend voran, als sie betreute Drogenkonsumräume einrichtete, also Ambulanzen, in denen Abhängige kontrollierte Rauschmittel in sauberer Umgebung mit sicherer Ausrüstung und unter ärztlicher Aufsicht konsumieren können. Diese betreuten Konsumräume wurden seitdem in Deutschland, Luxemburg, Spanien und in anderen Mitgliedsstaaten eingeführt.

- **Arbeit mit den Gesundheitsbehörden, um eine angemessene Verteilung medizinischer und medizinisch-sozialer Einrichtungen sicherzustellen, welche erforderlich sind, um auf die Bedürfnisse aller Einwohner*innen einzugehen, einschließlich Familienberatung, Familienförderung und Senior*innendienste. Hamburg verfügt über nahezu 50 Eltern-Kind-Zentren, welche Eltern vor und nach der Geburt beraten und unterstützen.**¹⁹
- **Städte müssen über die Verwaltung von Schulen und Gemeinschaftszentren ein gesundes Ernährungsverhalten fördern und diejenigen unterstützen, die sich keine hochwertige Nahrung leisten können. So pflanzt die Kopenhagener Stadtverwaltung zusätzlich zur Verteilung von 15 Millionen Stück Obst pro Jahr an Schulen demnächst Obstbäume in ihren öffentlichen Parks, von denen die Bürger*innen Obst kostenlos pflücken können.**²⁰
- **Die Städte sollten ihre Beziehung zur Lebensmittelproduktion überdenken, unter besonderer Beachtung der Förderung der urbanen Landwirtschaft und Umwelt sowie sozialverträglicher Lieferketten.**
- **Gesundheitsbehörden bei ihrem Umstieg auf den Ansatz “Drogen als Gesundheitsproblem” begleiten, indem die Einrichtung sicherer Drogenkonsumräume unterstützt wird.**

2.3. Raum für Sport, körperliche Betätigung und körperliches Wohlbefinden

Grünere Städte sind gesündere Städte, da sie Anreize für einen gesünderen Lebensstil und eine besseren Lebensqualität bieten. Die Gesundheitsbehörden empfehlen tägliches Gehen, da es, neben anderen Formen der körperlichen Betätigung, das Risiko für bestimmte chronische Erkrankungen, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfälle, Asthma, Diabetes Typ 2, Übergewicht und einige Krebsarten erwiesenermaßen verringert und zur Besserung bestimmter psychischer Gesundheitsprobleme beiträgt.

Die Bereitstellung von Grünflächen geht Hand in Hand mit der Bereitstellung von Räumen für Einwohner*innen, in denen Erholung, Spiel und sportliche Betätigung gefahrlos und mit der erforderlichen Ausrüstung möglich sind. Geschlechtsunterschieden bei der Nutzung von Sport- und Freizeitanlagen muss Rechnung getragen werden, damit sowohl Mädchen als auch Jungen über den erforderlichen Raum für körperliche Betätigung und Spiel verfügen. Investitionen in städtische Sportinfrastrukturen, die von kleinen Basketballfeldern bis hin zu größeren Einrichtungen

wie Sporthallen und Schwimmbädern reichen, können für die städtischen Haushalte beträchtliche finanzielle Aufwendungen bedeuten. Dies sollte jedoch als eine langfristige Investition in die Gesundheit der Bürger*innen und die Förderung sozialer Fähigkeiten sowie der Interaktion betrachtet werden, die dem Gesamtzusammenhalt zugutekommt.

- **Der neue Bürgermeister von Istanbul entwickelte ein Spielplatz-Gesamtkonzept zur Verbesserung bestehender Spielplätze sowie den Bau neuer Spielplätze, für die Ausbildung von Mitarbeiter*innen zu Spielplatzbetreuer*innen und für die Ausrichtung von Aktivitäten für 200,000 Kinder pro Jahr.²¹**
- **Wien setzt Maßstäbe für gendergerechte Spielplätze mit einer Strategie zur Sicherstellung des gleichen Raums für Jungen und Mädchen.²²**



2.4. Persönliche Entfaltung durch Kunst und Kultur

Die Kulturpolitik muss die Vielfalt Europas widerspiegeln und verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Bräuchen entgegenkommen. Der Europäische Ausschuss der Regionen erinnert uns im ersten Abschnitt seiner Stellungnahme über die lokale Kulturpolitik: “[es ist] notwendig, zu einem umfassenden Verständnis der Kultur sowie Europas kultureller Vielfalt zu gelangen, welches über die einfache Erhaltung und den Schutz eines greifbaren Erbes hinausgeht und zum Verständnis des sozialen und kulturellen Wandels in der gesamten europäischen Gesellschaft beiträgt.”²³

Es liegt auf der Hand, dass hobbymäßig betriebene künstlerische und kreative Aktivitäten in unmittelbarem Zusammenhang mit einem höheren Grad an Lebenszufriedenheit stehen und Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration von Minderheiten und vulnerablen Bürger*innen durch den Einsatz von Kultur, Kunst und Kreativität verbessert werden können.²⁴ Wir unterstützen die Einführung der Europäischen Kulturschecks, um jungen Menschen den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und Kulturräumen in ganz Europa zu erleichtern.

Progressive Stadtverwaltungen tragen traditionsgemäß seit langem zur Demokratisierung der Kunst über kostenlose Festivals und Straßenaktionen bei, die eine facettenreiche, über die Kritik an Elitismus und Kommerz hinausgehende Auffassung der Popkultur widerspiegeln. Die sogenannte Hochkunst sollte allen gehören, wobei dieser Anspruch sich auf die öffentliche Unterstützung von Künstler*innenresidenzen, Musikschulen, Theatern und Konzerthallen bezieht. Basis-kreativität geht Hand in Hand mit einem starken, unabhängigen Kultursektor. Europas künstlerisches Schaffen darf nicht von außereuropäischen Konzernen eingenommen und verdrängt werden. Die öffentliche Förderung bürgt für unsere einzigartige Kultur, die die Europäer*innen nutzen, um ihre Realitäten und Erfahrungen widerzuspiegeln. Am 12. Juni 2020 verabschiedeten die SPE-Kulturminister*innen eine Erklärung, in deren Rahmen gefordert wird, dem Kultur- und Kreativsektor zur Erholung von der Covid-19-Pandemie mehr Ressourcen zu widmen. Die Initiative der Europäischen Kulturhauptstädte bietet den ausgewählten Städten eine einzigartige Gelegenheit, ihre lokale Kulturszene anhand zusätzlicher Mittel und einer Plattform zu unterstützen, mit der auch Aufmerksamkeit von außen geweckt werden kann.



„In Charleroi haben wir Museen, Theater und Schauspieler*innen, Autor*innen, Künstler*innen und Techniker*innen aus der Filmbranche unterstützt. Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit.“

– Paul Magnette, Vorsitzender der PS Belgien

- Die Stadtverwaltungen und die Zivilgesellschaft müssen entsprechend ausgestattet werden, um Zugang zu Kunst und Kultur über Kulturzentren und Aktivitäten, die unmittelbar oder von soziokulturellen Vereinen betrieben werden, großflächig zu unterstützen. Die Finanzierung der Kunst darf sich nicht normativ gestalten und muss die Vielfalt der Talente, Ideen und gelebten Erfahrung widerspiegeln.
- Wir benötigen ein Programm für den Europäischen Kulturscheck, um kulturelle Aktivitäten für junge Menschen bezahlbarer zu machen.





**SAUBERE
MOBILITÄT**



**GUTE
ARBEITSPLÄTZE**



**BEZAHLBARER
WOHNRAUM**



**GENDER-
SENSIBILITÄT**



**KULTUR UND
BILDUNG**



**GESUNDHEIT
UND WOHLBEFINDEN**



**NACHHALTIGE
ABFALLWIRTSCHAFT**



**KEINE WOHNUNGS-
UND
OBDACHLOSIGKEIT**



ALTERSGERECHTIGKEIT



**UNTERSTÜTZUNG
FÜR FAMILIEN**



**SICHERE
STRASSEN**



**EINGLIEDERUNG
VON
RANDGRUPPEN**

12 GRUNDSÄTZE FÜR FORTSCHRITTLICHE STÄDTE

BÜRGER*INNENBETEILIGUNG
LOKALE, REGIONALE, NATIONALE
REGIERUNG
EU-FÖRDERUNG

2.5. Gewährleistung der urbanen Sicherheit für alle

Obwohl die Kriminalitätsraten in den letzten zehn Jahren in ganz Europa zurückgegangen sind²⁵, prägen Kriminalität und Probleme der öffentlichen Sicherheit auch weiterhin das Leben und die Existenz zu vieler Stadtbewohner*innen. Wir dürfen nicht dem Lockruf jener folgen, die bestrebt sind, sich diese realen Sorgen zunutze zu machen, um Hass und Feindseligkeit zu schüren anstatt die strukturellen Ursachen dieser Probleme zu beheben. Wir müssen in der Lage sein, Antworten vorzulegen, die auf die Forderungen der Bürger*innen eingehen und dabei die rechtliche Gleichbehandlung aller Mitbürger*innen sicherstellen. Das Recht auf Sicherheit ist ein Recht für alle, ungeachtet des Ortes innerhalb der Stadt, an dem Mensch lebt. Die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung soll unvoreingenommen erfolgen, was eine entsprechende Ausbildung der Polizei voraussetzt. Unser Leitsatz sollte lauten: einvernehmliche Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, während die bürger*innennahe Polizeiarbeit das Mittel zur Erreichung dieses Ziels sein sollte. Die Auseinandersetzung mit Nachbarschaftskonflikten und unsozialem Verhalten macht einen langfristigen Dialog und den Aufbau von Beziehungen zu allen Einwohner*innen erforderlich, ungeachtet von Alter, Geschlecht und Herkunft, damit ein höheres Maß an Vertrauen entstehen kann. Die Anwendung des dezentralisierten japanischen Modells für das Polizeiwesen mit einem dichten Netz aus kleinen bürger*innennahen Polizeirevieren (kōban), auf die man sich für eine Reihe geringfügiger Polizeieinsätze stützen kann, sollte im europäischen Kontext näher untersucht werden.

Die Polizeiarbeit sollte sich ebenfalls einer besseren Durchsetzung der Verkehrssicherheitsvorschriften widmen. Die Zahl der Todesfälle auf Stadtstraßen geht langsamer zurück als in anderen Gebieten,²⁶



ein Schlüsselfaktor, der vielen Menschen den Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel verleidet. Wie von uns in Kapitel 5 erörtert, müssen gefährdete Verkehrsteilnehmer*innen wie Fußgänger*innen (insbesondere Kinder und Ältere) sowie Radfahrer*innen Vorfahrt genießen, um die Straßensicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu verbessern.

Die Polizei sollte nicht immer als erste Anlaufstelle für Notfälle auftreten müssen, da sie nicht für alle auftretenden Notfallsituationen ausgebildet und ausgerüstet ist. Einige Städte untersuchen alternative Einrichtungen und Dienste, wie psychiatrische Notfalleinheiten für Situationen, in denen Einzelpersonen eine psychische Krise durchmachen, sowie zusätzliche Mittel, um Wohnungs- und Obdachlose zu erreichen (s.u.).

- **Kriminalität und Konflikten im Alltag sollte durch eine bürger*innennahe Polizeiarbeit Einhalt geboten werden. Unter progressiver Leitung richtete der Budapester Bezirk Zugló eine Reihe von Treffen zwischen lokalen Polizei-beamt*innen und Einwohner*innen aus, um Gespräche in Gang zu bringen.²⁷**
- **Stockholm führte eine psychiatrische Ambulanz ein, die sich mit suizidalem Verhalten und psychischen Störungen befassen soll.²⁸**
- **Die Stadtverwaltungen sollten sich den schwedischen „Vision Zero“-Ansatz in Bezug auf die Verkehrssicherheit zueigen machen, indem sie alle erforderlichen Schritte einleiten, einschließlich der Verkehrsberuhigung, um die Zahl der Todesfälle und schweren Verletzungen im Straßenverkehr zu verringern.²⁹**
- **Die städtische Umwelt sollte der Sorge um Sicherheit uneingeschränkt Rechnung tragen, einschließlich einer geeigneten Beleuchtung aller öffentlichen Räume.**
- **Wie dies in einigen europäischen Städten während des Covid-19-Lockdowns der Fall war, boten sich private Unternehmen, wie Apotheken oder Poststellen außerdem als “geheime” Kontaktstellen für Fälle häuslicher Gewalt an. Hierdurch könnten viele sichere Orte für misshandelte Frauen und Männer in europäischen Städten angeboten werden. Das Sozialhilfzentrum in Mons baute das Kooperationsprogramm “Sprich mit deinem Apotheker” auf, um Opfer häuslicher Gewalt während des Lockdowns zu unterstützen.³⁰**
- **Bologna richtete ein umfassendes System für den Empfang, die Beratung und die Unterstützung von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt ein und fördert den Betrieb des Zentrums für Gewaltlosigkeit, das Männern Beratung anbietet, um gewalttätigem Verhalten vorbeugen zu helfen.³¹**

„Die traurige Realität ist, dass die Gewalt, die wir heute auf unseren Straßen erleben, ein verheerender Nebeneffekt der zunehmenden Ungleichheit und Entfremdung ist, die durch jahrelange Sparpolitik und Vernachlässigung hervorgerufen wurden. Man kann nicht an öffentlichen Dienstleistungen und Vorsorgemaßnahmen sparen und gleichzeitig die Kriminalität niedrig halten.“

- Sadiq Khan, Bürgermeister von London



KAMPF UM GLEICHHEIT UND GERECHTIGKEIT IN DER STADTPOLITIK

Die Städte spiegeln die Probleme der Länder im Ganzen wieder und vergrößern sie, dies gilt auch für soziale Ungleichheit. In Europas größten Städten grenzen Gebiete großer Not an Gebiete übertriebenen Reichtums. Einiges deutet darauf hin, dass nicht nur das Vermögens- und Einkommensgefälle in den Städten in ganz Europa zunimmt, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Segregation.³²

Obwohl es allgemein nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltungen fällt, unsere progressiven Lösungen – einschließlich angemessener Besteuerung, starker Sozialstaaten, welche alle Bürger*innen erreichen, und Arbeitnehmer*innenrechte, welche einen angemessenen Mindestlohn gewährleisten³³ – gegen soziale Ungleichheit umzusetzen, müssen sie dennoch eine maßgebliche Rolle im Rahmen der Bekämpfung von Armut sowie der Förderung sozialer Gerechtigkeit und tatsächlicher Chancengleichheit spielen. So beispielsweise über die örtliche Umsetzung landesweiter Programme sowie ihre verschiedenen zur Verfügung stehenden politischen Hebel. Dies bedeutet in erster Linie Wohnungspolitik, in deren Rahmen die Städte dafür verantwortlich sind, energieeffiziente und bezahlbare Sozialwohnungen zu fördern, welche sich für die unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien und Einzelpersonen eignen. Die meisten Städte verfügen ebenfalls über Zuständigkeiten im Bereich der Sozialpolitik, entweder durch die Umsetzung landesweiter bzw. europäischer Programme oder über ihre eigenen Initiativen. Damit eine Stadt wirklich nachhaltig ist, muss sie alle zur Verfügung stehenden Schritte

einleiten, um sozialer Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung gefährdeter und marginalisierter Gruppen entgegenzutreten, wie z. B. Kindern, Jugendlichen und Älteren in Armutssituationen, Wohnungs- und Obdachlosen sowie Menschen mit Migrationshintergrund.



3.1. Wohnraum als Recht und nicht als ein Markt

„Wir bauen überall in der Stadt Häuser für junge Menschen. Dadurch wird unsere Stadt jedoch nicht grauer, sondern es ist uns gelungen, die Grünflächen im Großraum Wien von 50 auf 53 % zu erhöhen.“

- Michael Ludwig, Bürgermeister von Wien



Wohnen ist ein in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkanntes und als Grundsatz 19 der Europäischen Erklärung der Sozialen Rechte verankertes Menschenrecht. Die Investitionen in bezahlbaren Wohnraum gingen seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ununterbrochen zurück. Der Wohnungsmarkt zeichnet sich durch offensichtliche Mängel, Verzerrungen und eine tiefgreifende Zersplitterung aufgrund von Gentrifizierung, Finanzialisierung und Touristifizierung aus. 80 Millionen Menschen in der EU sind mit den Wohnkosten überfordert.³⁴ Mit Wohnkosten, welche schneller steigen als Arbeitslöhne, verdienen es Modelle wie das Wiener Modell, bei dem 60 % der

Einwohner*innen der Stadt in mietpreisgebundenen Wohnungen leben, welche entweder der Stadtverwaltung oder Wohnungsbaugenossenschaften gehören, auf andere Städte in ganz Europa angewandt zu werden.³⁵

Sargfabrik, selbstverwaltete und selbstinitiierte Wohnanlage, Wien, 1996



„Ich möchte eins ganz klar sagen: Der Kampf gegen den Klimawandel ist hart und erfordert eine langfristige Politik mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung. Deshalb ist die soziale Nachhaltigkeit genauso wichtig wie die ökologische Nachhaltigkeit.“

- Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident über den Europäischen Grünen Deal





Im SPE-Manifest für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 wurde ein Plan für bezahlbaren Wohnraum in Europa gefordert, auf den sich unsere Kollegen der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen in ihrer vor kurzem veröffentlichten Forderung nach einem Europäischen Deal für den Wohnungsbau erneut beriefen.³⁶ Ein solcher Plan soll den Bau neuer bezahlbarer Wohnungen und die Renovierung des bestehenden Wohnungsbestands, die von der örtlichen Bevölkerung selbst initiierte Stadtviertelentwicklung, die nachhaltige Flächennutzung und den Grundstückserwerb für einen sozialen, öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum unterstützen. Dem gemeinsamen SPE-Kandidaten Frans Timmermans gelang es, dem Thema Wohnraum im Laufe der Kampagne zu den Europawahlen und während der Anhörungen der Kommissare zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen. Wir möchten jetzt, dass zusätzliche konkrete Initiativen auf EU-Ebene die Wohnungslage aller Europäer*innen, insbesondere der vulnerabelsten, verbessern.

Dies gilt für die Bezahlbarkeit, aber ebenfalls für die Qualität und Größe. In vielen Teilen Osteuropas herrschte jahrzehntelang ein chronischer Mangel an Investitionen in den Wohnraum, was zu einer Unterversorgung mit Neubauten und zum raschen Verfall des Wohnungsbestands führte. Obwohl diese Probleme sich in ländlichen Gebieten besonders umfangreich gestalten, sind Ältere und Arme in den Städten ebenfalls betroffen.³⁷

Ein Teil des Problems beruht darauf, dass die derzeitige EU-Gesetzgebung Wohnraum als einen Markt und nicht als einen Dienst betrachtet, was bedeutet, dass er in den Geltungsbereich des Wettbewerbsrechtes fällt. Damit unsere Vorstellung einer progressiven Städteagenda Wirklichkeit werden kann, muss dem Wohnraum die gleiche Art Ausnahmeregelung wie Bildung und Gesundheit gelten.

„Wir haben ein Programm mit dem Ziel gestartet, dass alle Pariser*innen in weniger als 5 Minuten eine Sporthalle oder einen Sportplatz erreichen können. Wir haben die Anbindung zu den Waldgebieten verbessert, die unsere grüne Lunge sind.

- Anne Hidalgo, Bürgermeisterin von Paris



Zusätzlich zur steigenden Nachfrage, die auf ein unzureichendes Angebot trifft, werden steigende Mieten von Bauräger*innen angeheizt, die mit Grundstückswerten spekulieren. Abwegige Marktanreize und Steuervergünstigungsmodelle ermutigen die Bauräger*innen oftmals, Grundstücke eher zu horten als Häuser zu bauen, da ihr Wert bei einer zu großen Zahl an gleichzeitig auf dem Markt angebotenen Häusern verfallen würde. Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wohnungsbaugesellschaften und andere innovative Einrichtungen wie gemeinschaftliche Grundstückstreuhandgesellschaften sollten ihre Rolle im Rahmen der Gewährleistung des Rechtes auf Wohnen für alle bekräftigen.

Die Regulierung des privaten Sektors ist auch weiterhin eines der wichtigsten Instrumente, um bezahlbaren Wohnraum für alle bereitzustellen: Miettransparenz, Mietpreisbindung, Kappungsgrenzen, unbefristete Mietverträge, Kündigungsschutz für Mieter*innen und Hypothekengläubiger*innen sowie verbindliche Bedingungen für den Erhalt öffentlicher Beihilfen sind allesamt nachweislich wirksam, um diesen verzerrten Markt unter demokratische Kontrolle zu bringen.

- **Bestätigung, dass Wohnen ein Menschenrecht und keine Ware ist, und dass es Aufgabe des Staates ist, sicheren, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle bereitzustellen.**

- Entwicklung eines EU-Plans für bezahlbaren Wohnraum, in dessen Rahmen die EU-Politik und die Finanzierungsmöglichkeiten besser koordiniert werden. Die EU-Regeln für staatliche Beihilfen sollten überarbeitet und klar gestellt werden, um den Bau von sozialem Wohnraum nicht zu behindern. Die Definition sollte ausgeweitet werden, damit Nachhaltigkeitsziele umgesetzt werden können, darunter “soziale Durchmischung” und “sozialer Zusammenhalt”.³⁸
- Der Hauspreisindex sollte weiterentwickelt und der Referenzschwellenwert für die Wohnkostenüberlastungsrate von 40 % auf 25 % des verfügbaren Haushaltseinkommens gesenkt werden.
- Wie im Entwurf des Berichts Ein starkes soziales Europa für gerechte Übergänge des Ausschusses für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments dargelegt, sollten mindestens 30 % der Neubauten bezahlbaren Wohnraum für die Gruppe der Geringverdiener*innen bieten, und weitere 30 % für die Gruppe mit mittlerem Einkommen erschwinglich sein.³⁹
- Ausreichend große Wohnungsbaugesellschaften sollten als Vermittler bei der Verwendung der EU-Fördermittel auftreten.
- Die Städte sollten gemeinschaftliche Grundstückstreuhandprojekte unterstützen, welche Baugemeinschaften die Möglichkeit bieten, Grundstücke gemeinsam zu erwerben und dann privat zu bauen, wodurch die Kosten für den Zugang zum Wohneigentum gesenkt werden.⁴⁰ Es gibt mehr als 170 solcher Projekte im Vereinigten Königreich, während

mehrere Initiativen in Brüssel und in Ghent in die Wege geleitet werden.

- Wir benötigen mehr barrierefreien Wohnraum für Ältere. Dem Beispiel von Granada, Darmstadt und mehrerer anderer Städte folgend, sollten die Städte außerdem die Einrichtung generationsübergreifender Wohnpartnerschaften finanziell unterstützen.
- In Gebieten unter akutem Druck müssen radikale Möglichkeiten ausgelotet werden. Die Stadt Barcelona ist seit Dezember 2019 ermächtigt, Immobilien, welche seit mehr als zwei Jahren leerstehen, zu 50 % des Marktpreises zu erwerben.⁴¹ Berlin folgte vor kurzem dem Beispiel von Wien, Madrid und Amsterdam mit einer Deckelung der Mieten und deren Einfrieren für fünf Jahre.⁴²
- Die Städte müssen ernsthafte Maßnahmen im Hinblick auf den Kündigungsschutz ergreifen: Um die internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten, müssen etliche Kriterien erfüllt werden, einschließlich eines sinnvollen Dialogs mit den Betroffenen, der Auslotung aller machbaren Alternativen und des Umzugs in angemessene Wohnungen.
- Der Wohnungsmarkt muss derart reguliert werden, dass dem Leerstand von Wohnungen vorgebeugt, die Privatisierung öffentlicher Sozialwohnungen vermieden und über eine Besteuerung des kurzfristigen Weiterkaufs kein Anreiz für Immobilienspekulation und das Horten von Baugelände geboten wird.

3.2. Beseitigung von Energie- und Wasserarmut

Ordnungspolitische Fragen bieten den Entscheidungsträger*innen selten die Gelegenheit, zwei Probleme auf einmal zu lösen, aber für steigende Energiepreise und die Notwendigkeit, unseren Energieverbrauch zu senken, gibt es tatsächlich eine gemeinsame Lösung: die energieeffiziente und sozial gerechte Renovierung. Die Energiepreise belasten die Kaufkraft zusätzlich, und zwar insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen. Im Jahr 2018 waren 7,3% der europäischen Haushalte nicht in der Lage, ihre Wohnungen ausreichend zu heizen, darunter 33,7% der Bulgar*innen und 22,7% der Griech*innen.⁴³

Die vom geschäftsführenden Vizepräsidenten Timmermans angekündigte Renovierungswelle ist ein herausragender Schritt in die richtige Richtung.⁴⁴ Die Kommission wird sich anstrengen, sowohl die rechtlichen Hindernisse für die Wohnungssanierung aus dem Weg zu räumen als auch Informationen und Fördermittel über bestehende EU-Programme bereitzustellen. Die jährliche Energiesanierungsrate soll dabei bis 2030 verdoppelt werden.

Die begleitende Designinitiative des Neuen Europäischen Bauhaus muss genutzt werden, um Qualität, Innovation und Kreativität unserer Architektur, unserer Lebensweise und unserer Städte nutzbar zu machen, bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Lebensbedingungen zugunsten der Bürger*innen anstelle privater Gewinne. In besonderem Maße ist darauf zu achten, dass gewährleistet wird, dass dies allen, und nicht nur den privilegiertesten Bürger*innen und Gebieten, zugute kommt.

Für diejenigen, denen es äußerst schwerfällt, ihre Rechnungen zu begleichen, verfügen viele Länder über eine nationale Gesetzgebung, die es den Versorgungsunternehmen verbietet, die Wasser-, Strom- oder Gasversorgung insbesondere im Winter abzustellen. Mit den

begrenzten – gesetzlichen und finanziellen – Ressourcen, welche ihnen zur Verfügung stehen, sind die Städte angesichts der grassierenden Energiearmut oftmals machtlos. Die nationalstaatlichen Regierungen müssen bei dieser Frage Führungsstärke zeigen und die Stadtverwaltungen durch die Bereitstellung von Nothilfe unterstützen.

- **Die Mitgliedsstaaten sollten über eine umfassende und effektive Einbindung der Stadtverwaltungen rasch daran arbeiten, die Renovierungswelle umzusetzen und ihre Ziele in ihre einzelstaatlichen Klima- und Sanierungspläne einzubeziehen.**
- **Renovierungen sollten für die Mieter*innen kostenneutral sein, was bedeutet, dass die Mieten nicht über die Energieeinsparungen hinaus steigen sollen, wodurch “Sanikündigungen” (Kündigungen wegen Sanierung) vorgebeugt werden soll.**
- **Die Ziele der Kreislaufwirtschaft gelten ebenfalls für den Bausektor: nachhaltige und kohlenstoffarme Baunormen müssen eingehalten werden, während die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen und Baustoffen ohne schädliche Chemikalien vorgegeben werden muss.**
- **Das EU-Vergaberecht wirkt sich auf die Bereitstellung von Wohnraum aus. Spezifische qualitative Kriterien, welche über das finanzielle Angebot hinausgehen, sollten eingeführt und in umfangreicherem Maße berücksichtigt werden, sobald es um Ausschreibungen für öffentliche Wohnprojekte geht.**

3.3. Wohnungs- und Obdachlosigkeit adressieren

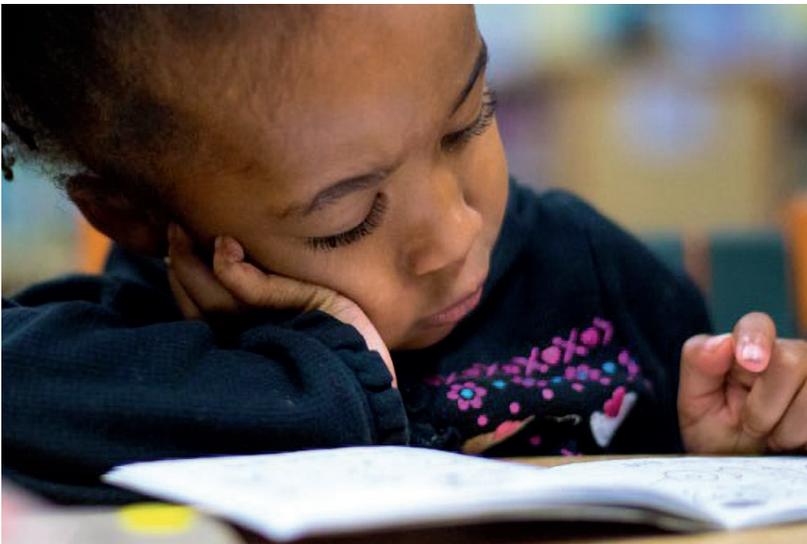


Sparmaßnahmen und steigende Wohnkosten haben bewirkt, dass die Wohnungs- und Obdachlosenzahlen in den meisten Mitgliedsstaaten der EU hochgeschneit sind. Die EU sollte Projekte bestärken und unterstützen, die sich integrativ mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit befassen, indem sie sich auf die gleichzeitige Verbesserung der Gesundheit, des Wohlbefindens und der Netze zur sozialen Unterstützung der Betroffenen konzentrieren. Unentbehrliche Hygieneartikel, einschließlich von Monatshygieneartikeln, müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wir lehnen die Kriminalisierung von Wohnungs- und Obdachlosen in jedem Fall entschieden ab.

- Die Städte sollten aus den Beispielen Dänemarks und Finnlands lernen und sich den Ansatz “Housing first” zur Bekämpfung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit zueigen machen. Bei Housing first wird zunächst eine dauerhafte Unterkunftslösung für Betroffene angeboten, bevor sie dann im Rahmen sozialer Unterstützungsprogramme begleitet werden, wobei sie auch dabei über einen hohen Grad an Selbstbestimmung und Kontrolle verfügen.⁴⁵
- Die “Abschreckungsarchitektur” – wie Vogelabweiser auf Fensterbänken und in Einzelsegmente unterteilte öffentliche Bänke – sollte aus der öffentlichen Infrastruktur und den Planungsvorschriften verbannt werden.
- Die Unterkunftskapazitäten für Wohnungs- und Obdachlose und Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt müssen durch neue Notunterkünfte ausgebaut werden. Dazu sollen auch bestehende öffentliche Gebäude einer neuen Verwendung erhalten.
- Wir benötigen eine einheitliche Definition von Wohnungs- und Obdachlosigkeit innerhalb der EU, die den systematischen Vergleich und die Bewertung des Ausmaßes der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den verschiedenen Ländern der EU ermöglichen würde und mit deren Hilfe die Betroffenenraten auf der Ebene der EU über Einrichtungen wie Eurostat beobachtet werden könnten.

3.4. Ein fairer Start für Kinder

Die Stadtverwaltungen sind allgemein für die frühkindliche Erziehung und Betreuung (ECEC) zuständig, deren Zugang sich in vielen Mitgliedsstaaten auch weiterhin äußerst ungleich gestaltet. Untersuchungen haben gezeigt, dass es sich bei der Sicherstellung einer hochwertigen Kinderbetreuung um das allerwirksamste Hilfsmittel handelt, um sozioökonomische Ungleichheiten beim Bildungsniveau zu verringern. In einigen Ländern gelangen weniger als 20 % der Kinder aus einkommenschwachen Familien in den Genuss einer beliebigen Form frühkindlicher Erziehung und Betreuung, im Gegensatz zu mehr als 70 % der Haushalte mit Spitzeneinkommen. Für europäische Kinder von 0 bis 3 Jahren aus Familien in den untersten 40 % der Einkommensstufen besteht eine 15 % höhere Wahrscheinlichkeit, in jugendlichem Alter durchschnittliche Leistungen zu erreichen, wenn sie im Alter von 1 oder 2 Jahren Zugang zur Kinderbetreuung erhielten.⁴⁶



- **Die Mitgliedsstaaten sollten eine vollwertige und ehrgeizige Europäische Kindergarantie verabschieden, in der das für jedes Kind geltende Recht auf hochwertige Kinderbetreuung, Bildung, Ernährung, medizinische Versorgung und Wohnung verankert ist. Dies ist ein unumgänglicher Schritt, um sicherzustellen, dass Kinder und ihre Eltern – und zwar insbesondere Mütter – in der Lage sind, ihr Potenziale voll auszuschöpfen.**
- **Dies bedeutet, dass den Städten ausreichende Fördermittel zugesichert werden, damit sie in der Lage sind, auf die Herausforderungen in Verbindung mit der Bereitstellung von Wohnraum, der Erziehung und der Betreuungsqualität möglichst optimal eingehen zu können. Hamburg garantiert Familien fünf Stunden kostenlose Kindertagesbetreuung pro Tag mit Hilfe eines Gutscheinsystems.⁴⁷**
- **Selbst in Städten, in denen die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen und Dienste existieren, gestaltet sich die effektive Kontaktaufnahme mit vulnerablen Gruppen auch weiterhin kritisch. Malmö hat eine zentrale Anlaufstelle für Kinderbetreuung und Vorschule, Gesundheit und soziale Beratung, pädagogische Unterstützung und Spracherwerb für Kinder und Eltern eingerichtet.⁴⁸**
- **Jedes Kind hat ein Recht auf Spiel, auch in Notzeiten. Während des Covid-19-Lockdowns nahmen die Städte Ghent und Leuven Kontakt mit vulnerablen Familien auf, um Tausenden Kindern Brettspiele und Bücher bereitzustellen.⁴⁹**

3.5. Chancengleichheit für Jugendliche und von sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen

Dank der Bemühungen des SPE-Kommissars für Beschäftigung und Soziales Nicolas Schmit soll die Europäische Jugendgarantie über die nächsten sieben Jahre ausgeweitet werden. Sie soll junge Menschen unter 30 Jahren, die nicht erwerbstätig sind bzw. nicht in der Schul- oder Berufsausbildung stehen (NEETs), beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützen, indem sie ihnen einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle oder eine Weiterbildungsmöglichkeit innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes anbietet. Viele Stadtverwaltungen leisten eine unverzichtbare Arbeit, indem sie Kontakt mit den Zielgruppen aufnehmen und dauerhafte Partnerschaften zwischen örtlichen Unternehmen, NGOs und Einrichtungen für die Berufsausbildung schaffen.⁵⁰

Die Stadtverwaltungen sollten generell mit NGOs und örtlichen Unternehmen an der Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit arbeiten und indem sie NEETs jeden Alters begleiten und dabei unterstützen, den (Wieder) Einstieg in den Arbeitsmarkt zu meistern. Dank der Tätigkeit der französischen Parti socialiste waren Städte wie Boulogne-sur-Mer und Marseille in der Lage, Versuche mit "Null Langzeitarbeitsloskeitszonen" zu unternehmen. Dabei wird Arbeit als ein auf alle Einwohner*innen einer Gemeinde aufzuteilendes Gemeinschaftsgut behandelt. Alle Menschen besitzen Potenziale und Fähigkeiten. Die Umlenkung von Arbeitslosenleistungen in städtische Unterstützungsprogramme würde den Bedarfen der Städte und Menschen zugute kommen.⁵¹

- **Die überarbeitete Europäische Jugendgarantie muss von den Mitgliedsstaaten voll ausgeschöpft werden, indem örtliche Ausbildungseinrichtungen und Arbeitgeber*innen die Möglichkeit erhalten, langfristige Partnerschaften zu entwickeln, um Kontakt mit marginalisierten**

Jugendlichen aufzunehmen und sie in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Berlin erreicht dies mit einer zentralen Jugendberufsagentur.⁵²

- **Die Städte sollten durch die Auslotung innovativer neuer Lösungen für die Langzeitarbeitslosigkeit den Weg weisen, darunter auch sogenannte Null-Langzeitarbeitsloskeitszonen, welche alle örtlichen Beteiligten in dem Bestreben zusammenbringen, NEETs über bezuschusste Arbeitsplätze zum Vorteil der Gemeinschaft in den Arbeitsmarkt wiedereinzugliedern.**
- **Der Informationszugang gestaltet sich für diejenigen kritisch, die von Ausgrenzung bedroht und betroffen sind; aus diesem Grund stellte die Stadt Rennes sozio-digitale Pädagog*innen ein, um die Zielgruppen beim Zugriff auf Online-Ressourcen zu unterstützen.⁵³**



3.6. Sichere Zufluchtsorte für Migrant*innen und Asylbewerber*innen



Integrative Städte sind Städte, die sich anderen Randgruppen, wie neu zugezogenen Migrant*innen und Asylbewerber*innen zuwenden, denen es oft schwerfällt, Zugang zu Schul- und Berufsausbildung, Arbeitsmarkt, medizinischer Versorgung (einschließlich der psychischen Gesundheit), Wohnraum und Bürger*innenbeteiligung zu erhalten. Dies alles sind Bereiche, in denen Städte große Potenziale bergen. Menschen mit Migrationshintergrund können dazu beitragen, unsere Gesellschaften zu bereichern und auf demographische Veränderungen zu reagieren. Die Aufnahme von Flüchtlingen stellt ein im internationalen Recht verankertes moralisches Gebot dar. Viele Städte, wie Palermo und das Städtennetzwerk „Sichere Häfen“ unter Potsdamer Koordination arbeiten härter als ihre nationalen Regierungen, wenn es darum geht, sich der Flüchtigen anzunehmen und diejenigen zu integrieren, die in der EU bleiben möchten.

Es kann keine Universalmethode für die Integration von Migrant*innen geben, die von der Größe der Stadt und den Besonderheiten ihres Arbeitsmarktes abhängt. Deshalb sollten die Städte befähigt werden, ihre eigenen Strategien zu entwickeln, solange sie sich für das langfristige Wohl, die Verständigung der Menschen untereinander und die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen, indem sie ein positives Narrativ der Integration von Migrant*innen vermitteln und die Unterstützung der Bürger*innen stärken. Wir haben die Einrichtung eines Fonds gefordert, bei dem die Stadtverwaltungen direkte Unterstützung für die Integration von Flüchtlingen beantragen können, und dabei zugleich finanzielle Unterstützung von Projekten der örtlichen Gemeinschaften erhalten.

„Lokale Behörden müssen ein Mitspracherecht bei der Wohnungs- und Integrationspolitik für Asylsuchende haben. Gleichzeitig muss es ausreichende Finanzierung mit Anreizen auf nationaler und EU-Ebene geben, damit möglichst viele Städte diese Politik umsetzen.“

- Mike Schubert, Bürgermeister von Potsdam, Deutschland

- Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU muss genutzt werden, um die Initiativen der Städte zu unterstützen, um auf die Bedürfnisse ihrer verschiedenen Migrantengemeinschaften eingehen.
- Ein Integrationsfonds der EU sollte eingerichtet werden, um Projekte zu finanzieren, welche Aufnahmegemeinden in den Städten unterstützen.



4 VERTEIDIGUNG DER VIELFALT DURCH EINE INKLUSIVE POLITIK

Als Mikrokosmos der gesamten Gesellschaft nehmen Städte eine zentrale Stellung beim Abbau von Klassen- und Statusschranken ein. Nachhaltige Städte sind inklusive Städte, Städte, die sich Jugendlichen, Älteren und Eltern gleichermaßen zuwenden, sowie Menschen, die Diskriminierungen ausgesetzt sind, weil sie anderer ethnischer Herkunft sind oder einer anderen Religion angehören, und/oder auch aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität. In Zeiten, in denen die Stimmen der Intoleranz lauter werden, bestätigt sich die Rolle unserer progressiven Vision für demokratische und offene Städte an vorderster Front im Kampf um soziale Gerechtigkeit erneut.

Die Tatsache, dass wir unsere Aufgeschlossenheit beteuern und unseren Stolz auf die Vielfalt unter Beweis stellen, lässt sich nicht genug unterstreichen, muss aber auch mit konkreten Aktionen einhergehen, um die Auswirkungen politischer Maßnahmen zu beurteilen, welche seit viel zu langer Zeit auf der Grundlage des Gedankens entwickelt wurden, dass es sich bei dem*der "Standard"-Bürger*in um einen Weißen Mann ohne körperliche oder geistige Behinderung und mit hohem Einkommen handelt. Damit die Ergebnisse unserer Politik sich gerechter gestalten, müssen unsere Entscheidungsprozesse Unterschiede berücksichtigen und eine breitere Palette an Perspektiven einbeziehen (siehe ebenfalls Kapitel 6).

4.1. Eine feministische Stadt

Unser Städte unterscheiden sich insofern nicht von unseren Ländern im Ganzen, als die gesellschaftliche Position der Frau, insbesondere von alleinerziehenden Frauen, Frauen mit Migrationshintergrund und/ oder körperlichen und geistigen Behinderungen, marginalisiert ist und ihre Bedürfnisse geringe Sichtbarkeit erfahren. Infolgedessen sehen sich Frauen immer noch mit einer geringeren Präsenz und Ungleichbehandlung beim Zugang zu öffentlichen Räumen und öffentlichen Dienstleistungen konfrontiert. Dies darf so nicht weitergehen.

Viele kommunalpolitische Maßnahmen wirken sich unverhältnismäßig auf Frauen aus, da ihre Bedürfnisse und die Art und Weise, wie sie öffentliche Räume in Anspruch nehmen, nur unzureichend berücksichtigt werden. Deshalb unterstützen wir die großflächige Inanspruchnahme des Gender Budgetings, bei dem Entscheidungen in Bezug auf Besteuerung und Ausgaben einer Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen unterzogen werden. Vorschläge in Bezug auf spezifische Felder der Kommunalpolitik können diesem Dokument an anderer Stelle entnommen werden, wobei unsere Kolleginnen von den SPE-Frauen eine Reihe von strukturellen Reformen in ihrem Grundsatzdokument A Feminist Economy for Europe: *Towards a progressive economic system that works for women*⁵⁴ aufzeigen.

- **An Geschlecht und Alter angepasste Programme, um Mädchen zu bestärken, stark und selbstbewusst zu sein, und um Jungen zu bestärken, sich eine den Traditionen nicht verhaftete Männlichkeit zum Vorbild zu nehmen, sollten in öffentlichen Schulen,**



Sporteinrichtungen, Jugendzentren und Ausbildungsprogrammen gefördert werden.

- **Die Einführung von Programmen für Künstlerinnen sowie die Sicherstellung einer gleichrangigen Beteiligung von Frauen und Männern in allen Kulturbereichen muss eine Voraussetzung für den Erhalt öffentlicher Zuschüsse sein.**
- **Die Städte sollten Gender Budgeting-Verfahren umsetzen, um sicherzustellen, dass ihre Investitionsentscheidungen keine ungerechten Auswirkungen auf Frauen und Männer haben.**
- **Die Städte sollten London, Paris, Frankfurt und Segovia folgen und sexistische Werbung verbannen.**⁵⁵
- **Die Repräsentation von Frauen und Minderheiten in öffentlichen Räumen sollte über eine proaktive Benennung und Umbenennung von Straßen und öffentlichen Infrastrukturen nach bedeutenden Frauen und Mitgliedern von Minderheiten verbessert werden.**

Fortschrittliche und nachhaltige Städte: Hintergründe und Kennzahlen

Worauf es ankommt

„75% der Bevölkerung der Europäischen Union leben in und im Umfeld von Städten. **77% der Arbeitsplätze befinden sich in Städten. Wir müssen unseren Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit dorthin tragen, wo die Menschen leben.**

„Die Städte liegen im Epizentrum vieler aktueller Krisen: der Gesundheitskrise, der Beschäftigungskrise, der Krise der Ungleichheiten, der Wohnungskrise und der Klimakrise.“ **Die Bürger*innen können sich darauf verlassen, dass sozialdemokratische und fortschrittliche Bürgermeister*innen radikale Lösungen liefern.**

„Der Übergang der Städte zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell ist keine vage umweltfreundliche Idee: Es sind die Menschen mit geringeren Einkommen und aus Randgruppen, die am meisten unter Luftverschmutzung, unzureichenden öffentlichen Verkehrsmitteln, schlechter Wärmeisolierung und fehlendem Zugang zu Grünflächen leiden.“ **Durch die neue Wirtschaft werden neue Arbeitsplätze entstehen.**

Die Städte gehören allen: Kinder, Jugendliche, Frauen, Eltern und ältere Menschen haben ein Anrecht auf saubere Städte, in denen man sich sicher und einfach fortbewegen kann und in denen keine Stadtteile aufgegeben oder benachteiligt werden.

Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit

Aufgrund der COVID-19-Krise ist die Jugendarbeitslosigkeit europaweit wieder angestiegen und erreichte im Dezember 2020 eine Quote von 17,8%. Städte sind von diesem Problem besonders stark betroffen, da

viele Jugendliche und andere, von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen, u. a. mit Migrationshintergrund, dort konzentriert sind. Im Zuge der Digitalisierung und der Energiewende bietet sich den Städten eine Chance zur Schaffung tausender neuer Arbeitsplätze.

Die **Region Brüssel-Hauptstadt** nutzte die im Rahmen der Europäischen Jugendgarantie zur Verfügung stehenden Mittel, um ihre öffentliche Arbeitsvermittlung komplett umzugestalten und junge Arbeitssuchende besser an Arbeitgeber*innen zu vermitteln. Dadurch konnte die Zahl der arbeitssuchenden Jugendlichen über einen Zeitraum von sechs Jahren halbiert werden. Städte wie **Marseille** erproben neue Modelle wie „territoires zéro chômeurs de longue durée“ aus, mit dem Menschen, die von langfristiger Ausgrenzung bedroht sind, eine Arbeitsplatzgarantie geboten wird.

Mehr Unterstützung für Kinder und Familien

Frühkindliche Erziehung und Bildung sind das wirksamste Mittel zur Überwindung von Unterschieden im Bildungsniveau. In einigen EU-Ländern besuchen jedoch weniger als 20% der Kinder aus einkommensschwachen Familien eine Einrichtung der Vorschulbildung, während dieser Anteil in Haushalten mit Spitzengehältern bei mehr als 70% liegt.

Wir wollen die Kinderbetreuung und die kommunale Gesundheitsversorgung auf so viele Menschen wie möglich ausweiten. Vorreiter ist **Hamburg** mit einem Netzwerk aus fast 50 Eltern-Kind-Zentren, die Eltern vor und nach der Geburt beraten und unterstützen. Den Familien stehen über ein Kita-Gutschein-System zudem fünf Stunden kostenlose Kinderbetreuung pro Tag zur Verfügung. **Malmö** bietet unter einer einzigen

Anlaufstelle Kinderbetreuung und Vorschule, Gesundheits- und Sozialberatung, pädagogische Unterstützung und Sprachunterricht für Kinder und Eltern.

Sauberere und gesündere Städte

2018 waren jedoch schätzungsweise 379.000 vorzeitige Todesfälle auf Luftverschmutzung durch Feinstaub zurückzuführen. Einkommensschwache Familien, die eher in der Nähe verkehrsreicher Straßen wohnen, sind davon unverhältnismäßig stark betroffen.

Die Stadt **Paris** hat ein ehrgeiziges Programm für eine nachhaltigere Mobilität entwickelt. Mit über 1.000 Kilometern Radwegen wird die Straßeninfrastruktur neugestaltet.

Wohnraum ist ein Recht und keine Ware

In den letzten zehn Jahren sind die **Wohnkosten schneller gestiegen als die Löhne**. Infolgedessen sind über 80 Millionen Europäer*innen durch ihre Wohnkosten überlastet und Wohnungs- und Obdachlosigkeit nimmt in fast allen Mitgliedstaaten zu. 7,3 % der Europäer*innen können es sich nicht leisten, ihre Wohnungen angemessen zu heizen, und die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen steigt in fast allen Mitgliedsstaaten.

Wir haben eine klare Lösung: mehr sozialer Wohnungsbau. Die Stadt **Wien** hat ihren Bestand an Sozialwohnungen kontinuierlich erweitert. Heute leben 60 % der Einwohner*innen in Wohnungen mit Mietpreisbindung, die in kommunalem oder genossenschaftlichem Besitz sind.

Sicherere Städte

Alle Menschen haben ein Anrecht darauf, in einem sauberen, gesunden und sicheren Umfeld zu leben.

Um die Stadt lebenswerter für alle zu machen, wird in Paris demnächst eine neue Gemeindepolizei für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen.

Aktive Demokratie auf lokaler Ebene

In ganz Europa verlieren die Bürger*innen das Vertrauen in die Institutionen, allerdings ist das Vertrauen in die Kommunalverwaltungen noch am höchsten: In einer Eurobarometer-Umfrage von 2020 gaben 52 % der Befragten an, dass sie ihrer Kommunalverwaltung vertrauen, während das Vertrauen in die nationalen Regierungen bei 43 % lag.

Bürger*innenhaushalte wie in **Sevilla**, bei denen ein Teil des kommunalen Budgets für Projekte verwendet wird, die auf Bürger*innenversammlungen vorgeschlagen und diskutiert werden.

4.2. Sicherstellen, dass die Stadt allen gehört

Es liegt in der Verantwortung der Stadtverwaltungen, sicherzustellen, dass öffentliche Orte und Foren für das demokratische Engagement für alle Menschen unterschiedlicher Herkunft, einschließlich ethnischer und religiöser Minderheiten und Mitglieder der LGBTQ+-Gemeinde, einladend und zugänglich sind.

Obwohl die Entstehung "LGBT-freier Städte" in Polen besonders alarmierend ist, reicht es für die Städte nicht aus, einer unverhohlenen diskriminierenden Politik lediglich nicht zuzustimmen. Drangsalierung auf der Straße und in der Schule ist nur eine sichtbare Dimension, aber Diskriminierung gestaltet sich subtiler und tiefgreifender, wie beim Zugang zu Wohnraum und den Beziehungen zu Behörden. Progressive Städte sollten über Aktionspläne verfügen, um sich damit

zu befassen, wie Frauen und Minderheiten in der Stadt Ungleichbehandlung erfahren.

Vielfalt sollte verteidigt, aber auch gefeiert werden, weshalb wir eintreten für ein breites Spektrum öffentlicher Festveranstaltungen der vielen verschiedenen Gemeinschaften, die unsere Städte ausmachen. Wir setzen uns auch weiterhin entschlossen für eine Vereinfachung der Ausrichtung von Pride Festivals ein.



„Ich wurde als erster bekennender schwuler Bürgermeister in Polen und Mitteleuropa gewählt. Dies war ein Wendepunkt: Durch all die Aufmerksamkeit in den Medien, unsere Debatten über Toleranz, Offenheit und Vielfalt wurden die Menschen herausgefordert, sich anders zu verhalten. In Słupsk haben wir als erste polnische Stadt eine „Charta der Vielfalt“ eingeführt.“

- Robert Biedroń, MEP, ehemaliger Bürgermeister von Słupsk, Polen

- Die Stadtverwaltungen sollten auf die Stimmen der Gemeinschaft im Hinblick auf die mehrdimensionale Diskriminierung hören, die Mitglieder der Minderheitsgemeinschaften, gleich ob aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder sexueller Orientierung erleben, und mit konkreten Schritten reagieren, um Bürger*innen und Beamt*innen zu schulen. Malmö bietet allen Leiter*innen innerhalb der Stadtverwaltung Antidiskriminierungsschulungen an, um einen diskriminierungsfreien Arbeitsplatz sicherzustellen.⁵⁶
- Die Stadt Brüssel kündigte vor kurzem einen Aktionsplan zur Verbesserung der Sicherheit der LGBT-Gemeinschaft durch die Einführung von Schulungen für alle Behördenvertreter*innen an.⁵⁷ Die Städte sollten bestrebt sein, ihr Engagement zu verdeutlichen, indem sie sich um die Anerkennung als LGBT-freundliche Reiseziele für Tourist*innen und neue Einwohner*innen bemühen.



4.3. Altersfreundliche und behindertengerechte Städte

Mit unseren Gesellschaften altern auch unsere Städte. Obwohl die Stadtbevölkerung tendenziell jünger als der landesweite Durchschnitt ist, birgt unsere Neigung, Städte als Orte für junge Menschen zu betrachten, die Gefahr, den doch hohen Anteil der Stadtbevölkerung außer Acht zu lassen, der sich aus älteren Menschen im Ruhestand zusammensetzt. Wohnungsprobleme, Energiearmut und mangelnde Einbeziehung in die öffentliche Debatte können Ältere in gleichem Maße betreffen wie junge Menschen. Ältere sind neben diesen Fragen der sozialen Ausgrenzung oft mit Problemen eingeschränkter Mobilität konfrontiert, wie auch viele Menschen aller Altersgruppen mit Körperbehinderung.

Genau wie bei den Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern können sich Altersdiskriminierung und die Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderung in allen Bereichen der Kommunalpolitik äußern. Wir benötigen deshalb einen übergreifenden Ansatz, um diese Probleme zu bewältigen, insbesondere wenn es um angepassten Wohnraum und die Barrierefreiheit öffentlicher Räume, Dienste und Verkehrsmittel geht. Selbstverständlich sollten alle neuen Gebäude, Stadtentwicklungen sowie öffentlichen Verkehrsinfrastrukturen und -mittel unter Berücksichtigung von Rollstuhlfahrer*innen und Menschen mit sensorischen Beeinträchtigungen geplant werden, aber in vielen Ländern reicht die Umrüstungsgeschwindigkeit nicht aus, um sich mit den dringenden Bedürfnissen der verschiedenen Nutzer*innen gerecht zu werden.

- **Die für altersfreundliche Städte geltenden Grundsätze der Weltgesundheitsorganisation sollten in die örtliche Entscheidungsfindung einbezogen werden, über eine Beurteilung ihrer Auswirkungen auf die Älteren im Hinblick auf gebaute Umwelt, Verkehr, Wohnraum, soziale Teilhabe, Respekt und soziale Integration, Bürger*innenbeteiligung und Beschäftigung, Kommunikation sowie Unterstützung durch die Gemeinschaft und Gesundheitswesen.⁵⁸**
- **Die Access City Awards der Europäischen Kommission schärfen zwar das unerlässliche Bewusstsein für Fragen der Barrierefreiheit in Stadtplanung und Verkehr, aber die EU sollte mehr tun, um den Einsatz des Prinzips Design für Alle im Rahmen neuer oder sanierter Infrastrukturen zu fördern.**



London

UMDENKEN IM BEREICH MOBILITÄT FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

In den letzten Jahren kam es bei der Mobilität, insbesondere in urbanen Gebieten, zu grundlegenden Veränderungen. Der Paradigmenwechsel hin zu nachhaltigen, nicht kohlenstoffbasierten Verkehrslösungen ist noch nicht abgeschlossen. Einige Städte setzten zwar erste Schritte erfolgreich um, aber die Herausforderung ist auch weiterhin von zentraler Bedeutung für Stadtplanung, Förderungsmöglichkeiten und die weiteren Anstrengungen zur Neugestaltung und Neuinterpretation von Stadtvierteln sowie zur erneuten Anbindung der Städte an die sie umgebenden stadtnahen und ländlichen Gebiete. Unsere Kernverpflichtung muss lauten: unsere ehrgeizigen Ziele im Rahmen der Klimapolitik erfüllen und die Städte für alle Einwohner*innen gleichzeitig lebenswerter machen.

Multimodale Verkehrslösungen, die für Menschen mit eingeschränkter Mobilität (Ältere, Menschen mit Behinderung, Eltern mit Kinderwagen) zugänglich sind, müssen eine entscheidende Rolle bei der Erreichung dieser Ziele spielen. Die erforderlichen Schritte zur Erfüllung unserer Verpflichtungen müssen die Verringerung des Verkehrsvolumens von Pkws mit Verbrennungsmotor, die Modernisierung und Elektrifizierung unseres Fuhrparks, den Ausbau und die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsnetze und -betriebe, einschließlich eines Schwerpunkts auf dem Bahnverkehr, sowie den Bau neuer und besserer Rad- und Fußwege umfassen. Die Mobilitätsinfrastruktur der Zukunft muss dem öffentlichen Verkehr, Fahrrädern und Fußgänger*innen Priorität einräumen, indem sie den Pendler*innen die Möglichkeit zum Umstieg vom Auto auf das Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel bietet.

Besondere Aufmerksamkeit muss den täglichen Fahrtstrecken von Frauen geschenkt werden, welche sich aufgrund ihrer unbezahlten Betreuungsaufgaben und häufigen Teilzeitanforderungen komplizierter und fragmentierter darstellen. Ihre Mobilitätsbedürfnisse sind von diesen Anforderungen maßgeblich geformt.⁵⁹ Bei nachhaltigen Mobilitätsoptionen muss es sich mit Hilfe von Investitionen und vorausschauender Planung ebenfalls um die bequemsten Optionen handeln. Denjenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind, müssen praktikable Alternativen angeboten werden, bevor der Umstieg durch zusätzliche finanzielle Belastungen forciert wird.

Berlin



„Unsere Aufgabe ist es, Alternativen zur Autonutzung anzubieten, bevor wir Dieselautos oder Autos generell aus dem Zentrum von Budapest verbannen. Das ist der einzige nachhaltige Ansatz.“

- Gergely Karacsony, Bürgermeister von Budapest, Ungarn,
gewählt mit Unterstützung der MSZP



Auf lange Sicht ist überhaupt keine Fahrt die beste Fahrt, wobei Städte mit diesem ehrgeizigen Ziel vor Augen umgestaltet werden sollten. Die 15 Minuten-Stadt, innerhalb derer Wohnungen, Arbeitsplätze, Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge und Läden in 15 Minuten zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind, sollte die Grundlage für unsere langfristige Planung darstellen. Dieses Konzept gilt nicht nur für dichte Stadtzentren, sondern auch für Vorstädte, deren Einwohner*innen in den Genuss des gleichen Rechtes auf ein autofreies, barrierefreies Leben gelangen sollten.

Während das Thema urbane Mobilität oft Bilder dicht bebauter Metropolen mit einer ausgedehnten Verkehrsabdeckung über Stadtbahnen, U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse mit Verbindungen zwischen den Stadtvierteln heraufbeschwört, sind wir ebenfalls bestrebt, uns mit der Situation in kleinen und mittleren Städten zu befassen, deren Einwohner*innen in viel umfangreicherem Maße auf den Privat-Pkw angewiesen sind. Niedrige Dichte bewirkt zusätzliche Herausforderungen für die Transitnetze und führt oft zu Verkehrsverbindungen, welche ausschließlich zwischen Zentrum und Randgebiet bestehen, anstatt von Randgebiet zu Randgebiet. Aus diesem Grund sind Infrastrukturen für Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Fahrgemeinschaften so grundlegend in Kombination mit Investitionen in häufige und regelmäßige Busverbindungen, damit die Einwohner*innen flexibel sein können, ohne ihr Auto benutzen zu müssen. Dies zeigt ebenfalls, wie wichtig es ist, öffentliche Dienste dort bereitzustellen, wo die Menschen wohnen, anstatt sie zum Umherfahren zu zwingen, unabhängig von der Größe der Stadt.

5.1. Verteilung des Stadtraums

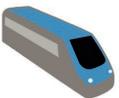
Raum ist in Stadtgebieten kaum vorhanden. Viel Raum in unseren Innenstädten ist der Mobilität gewidmet, wobei das Auto bei Weitem die am wenigsten platzsparende der verfügbaren Verkehrsoptionen ist. Die Europäische Kommission ist der Ansicht, dass eine Autofahrt nach Hause oder zur Arbeit 90 mal mehr Raum einnimmt, als würde die gleiche Fahrt mit Bus oder Straßenbahn angetreten.⁶⁰ Der motorisierte Individualverkehr mit den damit verbundenen Problemen von Luftverschmutzung, Verkehrsbelastung, Lärm und Verkehrsunfällen sowie die Umverteilung des Raums sind entscheidend, um Veränderungen bei der Aufteilung der Verkehrsträger sowie nachhaltige Stadträume zu erzielen. Bei einem Großteil der Autofahrer*innen handelt es sich um alleine fahrende Männer, was die Struktur der Städte zu Lasten anderer Verkehrsmittel beeinflusst, welche hauptsächlich von Frauen genutzt werden.⁶¹ In Anbetracht der Herausforderungen, denen die Städte derzeit gegenüberstehen, ist die zu Lasten des Autos erfolgende Wegnahme von Straßenfläche aus sozialen, gesundheitspolitischen, umweltschutzrelevanten und wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt.⁶² Die Umverteilung von Raum zugunsten von Erholungsräumen und anderen Verkehrsformen wie dem öffentlichen Verkehr und dem nichtmotorisierten Verkehr muss mit zusätzlichen

Vergünstigungen für alle verbunden sein, einschließlich der Fahrer*innen, sowie jener Fahrer*innen, die bereit und in der Lage sind, umzusteigen. Umweltzonen in unseren Innenstädten können Verschmutzung und Lärmpegel ebenfalls in umfangreichem Maße reduzieren, genau wie eine Herabsetzung der städtischen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 oder sogar 20 km/h.

Vorteile für Fahrgemeinschaften, wie besondere Fahrgemeinschaftsspuren oder Vorzugsbedingungen beim Parken sollten in Betracht gezogen werden. Die Elektrifizierung dieses grundlegenden Fuhrparks muss ermutigt werden, einschließlich durch Bereitstellung der erforderlichen Ladeinfrastrukturen und durch Unterstützung der Modernisierung dieser Autos über Prämien und Steueranreize.

- **Digitale Infrastrukturen zur Unterstützung der Anstrengungen im Bereich Carsharing und Fahrgemeinschaften sollten bereitgestellt und weiter gefördert werden.**



	Taxi	♦ 683g CO2e
	Gepoolte Fahrt	♦ 455g CO2e
	Elektrische Fahrt	♦ 220g CO2e
	Elektrisch + Gepoolt	♦ 146g CO2e
	Öffentlicher Verkehr	♦ 103g CO2e

CO2 emissions by modes of transport

- Die Elektrifizierung des notwendigen restlichen Fuhrparks sowie die flankierende Infrastruktur müssen durch Steuererleichterungen und Fördermittel unterstützt werden.
- Wir fordern die Städte und Stadtverwaltungen auf, den Raum für den motorisierten Individualverkehr einzuschränken, und ermutigen zur Nutzung zu Erholungszwecken, für öffentliche Verkehrsmittel sowie nicht motorisierte Verkehrslösungen. Dies beinhaltet ebenfalls, dass Parkplätze Elektroautos und Fahrrädern vorbehalten sind, anstelle von Pkws mit Verbrennungsmotor.
- Neue Verkehrsmanagementsysteme können dazu beitragen, die bestehende Infrastruktur umzufunktionieren, um einer neuen Nutzung gerecht zu werden, welche Fahrzeugen und Verwendungszwecken mit niedrigem CO2-Ausstoß sowie ohne CO2-Ausstoß den Vorrang einräumt.
- Um Umweltverschmutzung und Verkehrsunfälle mit Verletzten und Toten in Angriff zu nehmen, sollte die Geschwindigkeitsbegrenzung in Stadtgebieten auf 30 km/h herabgesetzt werden.
- Denjenigen, die auf das Auto angewiesen sind, muss erlaubt werden, es für ihre alltäglichen und unerlässlichen Aufgaben weiterhin zu nutzen.



„Lissabon ist die erste Hauptstadt Südeuropas, die die Auszeichnung als Grüne Hauptstadt Europas erhielt. Die Jury befand, dass sich die Stadt in allen Aspekten verbessert hatte. So liegt die Recyclingrate bei über 34 % und nur noch 1% des Abfalls wird in Deponien entsorgt. Weitere herausragende Faktoren sind die Umgestaltung der öffentlichen Räume, die Erweiterung der Grünflächen um 250 Hektar seit 2008 und die Reinigung des Tejo-Flusses.“

- Fernando Medina

5.2. Öffentlicher Verkehr

Der öffentliche Verkehr – Elektrobusse und Busse mit Verbrennungsmotor, Straßenbahnen, Oberleitungsbusse und U-Bahn-Systeme inbegriffen – ist von maßgeblicher Bedeutung, damit unsere Verpflichtungen in Verbindung mit einer Senkung des Kohlendioxidausstoßes, die Ziele des Europäischen Green Deals und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung erreicht werden können. Diese Verkehrsnetze müssen weiter ausgebaut werden, um die Verkehrsbedienung, den Verkehrstakt und die Zuverlässigkeit zu erhöhen, damit ein größerer Anklang gefördert wird. Mit der Unterstützung der Luxemburgischen Sozialistischen Arbeiterpartei sowie ihrer Minister*innen und Kommunalpolitiker*innen hat Luxemburg dieses Jahr die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos⁶³ und wurde hierdurch weltweit, welches alle öffentlichen Verkehrsmittel desweit gratis zur Verfügung stellt. Diese Aspekte des Stadtverkehrs sind jeder der Medaille, da ein Netz aus häufig

und pünktlichen Verkehrsoptionen mit ausreichender Kapazität bewirken kann, dass die Menschen von ihren Autos auf nachhaltigere Verkehrsmittel umsteigen. Über den Aspekt der Erschwinglichkeit hinaus, welcher maßgeblich ist, um ihren Anklang zu fördern, unterstützen wir ebenfalls Investitionen auf allen Ebenen in die Instandhaltung der Netze sowie ihre Ausweitung und die Erhöhung ihres Verkehrstaktes, um den öffentlichen Verkehr letztendlich nicht nur zur erschwinglicheren, sondern auch zur bequemeren Lösung zu machen. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten über die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gesammelt werden, um die Auswirkungen der Verkehrspolitik auf Männer und Frauen vollständig nachzuvollziehen. Wahrscheinlich, welche lediglich für eine Strecke gültig sind, treiben die Kosten für Frauen nach oben, die aufgrund anspruchsvoller Tagesabläufe in Verbindung mit Vorgesorgungsaufgaben wie Kinderbetreuung und Lebensmitteleinkauf häufiger umsteigen.

Luxembourg



- **Unsere Parole muss Erschwinglichkeit lauten und wir sollten auf kostenlose Verkehrsmittel für junge Menschen, Ältere und Arbeitslose hinarbeiten. In kleineren Städten mit unausgelasteten öffentlichen Verkehrsmitteln können kostenlose Verkehrsmittel für alle dazu beitragen, die Benutzung anzukurbeln.**
- **Investitionen in die öffentlichen Verkehrsmittel müssen bereitgestellt werden, um die Reichweite, die Kapazität, die Zuverlässigkeit und den Verkehrstakt der bestehenden Verkehrsnetze zu verbessern, die Verkehrsnetze auszubauen und bestehende Schleifen zu schließen.**
- **Neue Optionen für den bestehenden Busfuhrpark mit niedrigen bzw. gar keinen CO2-Emissionen sollten nachgerüstet werden bzw. der Fuhrpark muss aktualisiert werden. Die Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel können hierdurch auf lange Sicht gesenkt werden, wobei gleichzeitig eine Verringerung der vom Verkehr verursachten Umweltverschmutzung und Lärmpegel bewirkt werden kann.**
- **Die öffentliche Verkehrsinfrastruktur muss für alle zugänglich sein. Dies bedeutet, dass die spezifischen Bedürfnisse der Jüngsten, der Älteren und der Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Ihre Anforderungen müssen in die Entwicklung neuer Projekte integriert werden, während die bestehende Infrastruktur nachträglich aktualisiert werden sollte.**



5.3. Radfahrer*innen und Fußgänger*innen

Die Radfahrer*innen- und Fußgänger*innenfreundlichkeit ist von grundlegender Bedeutung, um die Städte lebenswerter zu machen und kohlenstofffreie Mobilitätslösungen zu fördern.

Dies bedeutet hauptsächlich, dass sich sowohl Rad- als auch Fußwege – idealerweise vom Straßenverkehr abgetrennt – sicher gestalten, sich durch einen guten Verkehrsanschluss auszeichnen und die Verkehrsteilnahme vor allem angenehm gestalten. Diese Konzepte beinhalten hochwertige Gehwege, Verkehrs- und Straßenbedingungen, eindeutige Vorfahrtsrechte für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie bauliche Barrierefreiheit. Bei der Stadt- und der Stadtviertelplanung muss sichergestellt werden, dass die Rechte der verletzlichsten Verkehrsteilnehmer*innen – und zwar insbesondere der Kinder und Älteren – in ihren Verkehrskonzepten berücksichtigt werden, und sowohl das Gehen als auch das Radfahren ein Gefühl von Sicherheit, Schnelligkeit und Vergnügen vermitteln.

Breite, gut instand gehaltene und hindernisfreie Geh- und Radwege mit einem Augenmerk auf zentrale Hauptverkehrsstraßen können zu mehr Radverkehr und Fußgänger*innenaufkommen beitragen, was durch weniger Autoverkehr und dadurch weniger Verkehrsüberlastung sowie Luftverschmutzung und Lärmbelastung zum Ausdruck gelangt. Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen zu gewährleisten, muss das Augenmerk bei der Verkehrserziehung – einschließlich des Fahrschulunterrichts – auf die Radfahrer*innen und Fußgänger*innen gelenkt werden.

- **Radfahren und Gehen besitzen nicht nur die beste CO2-Bilanz aller Verkehrsformen, sondern haben auch den größten direkten gesundheitlichen Nutzen. Radwege und breite Gehwege müssen in neue Straßeninfrastrukturen bereits von Anfang an eingebaut werden, um unzusammenhängende Radwege oder Hindernisse zu vermeiden. Fahrräder und Fußgänger*innen sollten Vorfahrt haben.**
- **Radfahren und Kurzzeitleihfahrräder in den Innenstädten sind maßgebliche Komponenten einer multimodalen Verkehrslösung. Kurzzeitleihfahrräder müssen deshalb zu niedrigen Preisen öffentlich erhältlich sein und in Einklang mit den Pendler*innengewohnheiten in der ganzen Stadt bereitgestellt werden.**
- **Erfolgreiche richtungsweisende Beispiele mittelgroßer Städte (z. B. La Rochelle, Frankreich, Bev. 75.000) zeigen, dass Bike-Sharing sich nicht nur für Großstädte eignet.**
- **Radwege, insbesondere entlang der Hauptstrecken des Pendelverkehrs, müssen überdies eingerichtet und in die bestehenden Straßennetze eingegliedert werden, wobei sie von den Autofahrspuren idealerweise sicher abzutrennen sind. Diese Radautobahnen können zur Verkürzung der Pendelzeit für Räder in umfangreichem Maße beitragen und die Pendelfahrt sicherer gestalten.**

FÖRDERUNG EINER AKTIVEN LOKALEN DEMOKRATIE

Das zunehmende Misstrauen gegenüber den Behörden zeugt von wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten und der wahrgenommenen Abkoppelung zwischen den politischen Entscheidungen und den Menschen, deren Leben von ihnen beeinflusst wird. Dies führte zu zunehmender Skepsis und Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen, was von jenen ausgenutzt wurde, die für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie und Transphobie werben. Wir pflegen eine bejahende Sicht für die Gesellschaft auf der Grundlage von Gleichbehandlung und Integration. Wir dürfen keine Ghettobildung und Schwarzseherei angesichts von Armut und Verunsicherung dulden. Die lokale Demokratie und das öffentliche Handeln bürgen für Rede-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Freiheit, ein sicheres und erfülltes Leben zu führen.

Die Städte müssen eine vielschichtige Rolle im Kampf um freie und inklusive Gesellschaften spielen. Die Städte verfügen als Ebene der Entscheidungsfindung in nächster Nähe zum*zur Bürger*in über ein umfangreiches Potenzial, um die partizipative Demokratie zu fördern und das Engagement der Bürger*innen zugunsten eines demokratischen Lebens zu stärken. Unser Wahlmanifest aus dem Jahr 2019 unterstützte in umfangreichem Maße "bürgerschaftliches Engagement, öffentliche Verantwortung sowie gerechte und transparente Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen".⁶⁴

Die Städte sollten als Anbieter von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und gemeinschaftlicher Infrastrukturen daran arbeiten, alle Mitglieder aller Altersgruppen mit den erforderlichen sozialen und pädagogischen Kompetenzen auszustatten, damit sie sich als voll engagierte Bürger*innen entfalten können. Dies wird erreicht über die Sicherstellung hochwertiger Einrichtungen für die formale Bildung sowie die Unterstützung eines allgemeinen Zugangs zur Kinderbetreuung, aber auch über weniger formale Strukturen, durch die Förderung eines dichten Ökosystems aus Gemeinschaftsgruppen, gemeinnützigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen, welche uns ermutigen, für unsere Mitbürger*innen jeden Alters Sorge zu tragen und uns mit ihnen zu befassen. Man lernt das ganze Leben lang hinzu, wobei die Stadtverwaltungen die Zivilgesellschaft unterstützen sollten, indem sie auf alle Bevölkerungsgruppen zugehen. Kunst, Kultur und Sport sind von grundlegender Bedeutung für unser Wohlbefinden als Einzelpersonen, aber auch für ein gesundes Verständnis unserer Beziehungen zu anderen und unseres Platzes in der Gesellschaft.

6.1. Eine gesteigerte und verbesserte Bürger*innenbeteiligung

Klug durchdachte kommunale Organisationsstrukturen machen Städte zu Arenen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Beteiligten. Denn auf lokaler Ebene können – und möchten – die Bürger*innen sich unmittelbar an der Entscheidungsfindung und Umsetzung beteiligen; denn auf dieser Ebene erkennen die Bürger*innen unverzüglich den Mehrwert einer neuen Politik. Städte und Stadtgemeinden werden zu Versuchsräumen für die Auslotung und Ausgestaltung politischer Entscheidungen, welche soziale, ökologische und wirtschaftliche Bedürfnisse in Einklang bringen. Die Beteiligung der Bürger*innen ist ebenfalls von maßgeblicher Bedeutung für die öffentliche Akzeptanz von Umweltmaßnahmen, welche ihre alltäglichen Gewohnheiten wahrscheinlich ändern werden. Diese Einbindung und Akzeptanz bewirken letztendlich, dass der Klimaschutz rascher und in größerem Maßstab erfolgen kann.

Indem die Bürger*innen die Kontrolle über die politische Entscheidungsfindung in ihrem unmittelbaren Umfeld übernehmen, können sie für sich selbst über die Zugeständnisse entscheiden, welche für den notwendigen Umstieg auf ein nachhaltigeres Stadtmodell erforderlich sind. Einzelverfahren wie Bürger*innenbeiräte, die partizipative Haushaltsplanung oder eine traditionellere Unterstützung von NGOs und lokalen Vereinen kann im Rahmen der Bemühungen einer Stadt, auf die Herausforderungen eines gerechten Übergangs besser einzugehen, in umfangreichem Maße zu Buche schlagen. Es besteht auch weiterhin eine tiefe Kluft zwischen unseren Bestrebungen und der Realität im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben. Im Jahr 2019 handelte es sich bei lediglich 13% der gewählten Bürgermeister*innen um Frauen und von den 27 Hauptstädten der Europäischen Union wurden nur acht von Bürgermeisterinnen geleitet.⁶⁵



- Die Bürger*innen sollten mehr Gelegenheiten erhalten, ihre Standpunkte während des gesamten Prozesses der Beschlussfassung in einem offenen und zugänglichen Format zu teilen. Öffentliche Anhörungen und Konsultationen sollten mit Hilfe von Methoden durchgeführt werden, welche sie für alle Bürger*innen zugänglich machen, damit sie in die Umsetzung und Bewertung der gesamten Stadtpolitik eng eingebunden werden können, und damit sich nicht nur die lautesten Stimmen Gehör verschaffen.
- Neben der repräsentativen Demokratie müssen alternative Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausgelotet und unterstützt werden, damit die Bürger*innen zwischen Wahlterminen und im Laufe der Wahlmandate einbezogen werden können. Einzelverfahren wie Bürger*innenversammlungen, Panels zufällig ausgewählter Bürger*innen und die partizipative Haushaltsplanung sollten öfter eingesetzt und entwickelt werden, um das Handeln der Mandatsträger*innen zu ergänzen. Das Parlament der Hauptstadtregion Brüssel führt gemeinsame Beratungsausschüsse aus Bürger*innen und Parlamentarier*innen ein, um zufällig ausgeloste Bürger*innen in den

Beschlussfassungsprozess einzubeziehen.

- Probleme sollten möglichst dezentralisiert angegangen werden, zum Beispiel über beratende Stadtviertelausschüsse, welche Rückmeldung über die effektive Zuteilung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen geben können.
- Zu diesem Zweck sollten EU-Fördermittel wie Erasmus+ den Städten helfen, ein florierendes Ökosystem innerhalb der Zivilgesellschaft zu unterstützen, und zwar durch Bereitstellung von Fördermitteln und Gemeinschaftseinrichtungen zugunsten von Organisationen, welche örtliche Gruppen und Anliegen vertreten.
- Kinder- und Jugendversammlungen sollten eingerichtet werden, um den Sinn für bürgerschaftliches Engagement bereits in jungen Jahren zu fördern.
- Wir können den fortdauernden Ausschluss von Staatsangehörigen aus Nicht-EULändern aus dem örtlichen demokratischen Leben nicht dulden und fordern deshalb eine Überarbeitung der EU-Richtlinie über die Wahlrechte bei Kommunalwahlen.

6.2. Bildung der Bürger*innen von morgen

Die Städte sind neben den staatlichen Behörden oft eng in die Grundschulausbildung eingebunden, parallel zu ihrer Unterstützung örtlicher Initiativen und gemeinnütziger Strukturen, welche im Bereich lebenslanges Lernen tätig sind, weshalb sie als herausragende Handelnde sowohl im Hinblick auf die formale als auch die informelle Bildung auftreten. Dies bedeutet, dass sie eine grundlegende Rolle im Rahmen der Umsetzung des ersten Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte spielen müssen: des Rechtes auf hochwertige Bildung. Als Sozialdemokrat*innen sind wir davon überzeugt, dass Bildung ein öffentliches Gut sein sollte, zu dem alle Zugang haben, ungeachtet von Alter, Geschlecht oder sozialem und wirtschaftlichem Hintergrund.

Kinder und junge Erwachsene können über die Bildung insbesondere die sozialen und emotionalen Kompetenzen entwickeln, welche erforderlich sind, um sich an

demokratischen Gesellschaften uneingeschränkt zu beteiligen. Die frühkindliche Erziehung und Bildung (ECEC) wird zum Beispiel mit besserer Lese- und Schreibfähigkeit, Selbstkontrolle sowie sozialen und emotionalen Kompetenzen in Verbindung gebracht⁶⁶. Die Schule ist sehr oft das erste Forum, in dem Kinder über Gemeinschaftskundeunterricht, Klassensprecher*innen und Schüler*innenvertretung repräsentative Demokratie lernen und erleben.

Die Städte sollten die Gelegenheit nutzen, auf diesen Strukturen aufzubauen und den Umfang des Engagements auf andere Bereiche des bürgerlichen Lebens auszuweiten. Die öffentlichen Dienste sowie die Maßnahmen zur Unterstützung von Gemeinschaftsinitiativen und gemeinnützigen Einrichtungen müssen unter Berücksichtigung einer generationenübergreifenden Reichweite geplant werden, und zwar vor allem im Hinblick auf den Zugang zu Kultur und Sport in jeglicher Form. Sie bieten



Möglichkeiten, Brücken über Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Gesellschaftsschicht und sexuelle Orientierung hinaus zu schlagen, und zwar durch praktische Anwendung der Werte von Toleranz und Integration, welche im Mittelpunkt der staatlichen Lehrpläne stehen sollten.

Obwohl Student*innen möglicherweise nur bis zum Abschluss ihres Studiums in einer Stadt wohnen, bilden sie dennoch eine beachtliche Teilgruppe der Bevölkerung vieler kleinerer Städte. Unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Campus wohnen, sollten sie so eng wie möglich eingebunden werden, mit mehr ständigen Einwohner*innen sowie den auf sie ausgerichteten Organisationen und Einrichtungen. Partnerschaften mit Universitäten bieten normalen Einwohner*innen jeden Alters unübertroffene Möglichkeiten für Weiterbildung und lebenslanges Lernen, wobei die Student*innen über ehrenamtliche Tätigkeiten und Kulturpraktiken zum örtlichen Leben potenziell in erheblichem Maße beitragen können. Es gibt unzählige Gelegenheiten für die gegenseitige Bereicherung.

- **Kinder- und Jugendversammlungen sollten eingerichtet werden, um den Sinn für bürgerschaftliches Engagement von klein auf zu fördern.**
- **Außerschulische Aktivitäten wie Sport und Kulturpraktiken sollten für alle zugänglich gemacht werden. Alle Gebiete und Ausdrucksweisen sollten in den Vorteil geeigneter Fördermittel gelangen.**
- **Das Erasmus+-Programm sollte auch weiterhin Initiativen für grenzüberschreitende Partnerschaften zwischen Schulen und Vereinen unterstützen, in deren Rahmen junge Menschen in bürgerschaftliche Beteiligung, Kunst, Kultur und Sport einbezogen werden.**
- **Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie ist das Recht auf Bildung mit dem Recht auf digitale Anschlussmöglichkeiten untrennbar verbunden. Der Zugriff auf Online-Hilfsmittel muss für alle sichergestellt werden.**

6.3. Smarte Städte

Die Städte sind für viele grundlegenden Dienstleistungen der öffentliche Daseinsvorsorge zuständig, auf die unsere Bürger*innen angewiesen sind, und zwar entweder aufgrund ihrer eigenen Kompetenzen oder aufgrund der Umsetzung landesweiter Programme. In vielen Ländern erfolgt die überwiegende Mehrheit der Interaktionen zwischen den Bürger*innen und dem Staat auf der Ebene der Kommunen. Dies bedeutet, dass viel Verantwortung auf ihren Schultern lastet, um öffentliche Mittel vorbildlich zu verwenden und unsere sozialistische Grundüberzeugung in die Tat umzusetzen, dass die öffentliche Hand sich mit den vielen Schwächen des Marktes über direktes Handeln befassen muss.

Im Zeitalter der Informationstechnologie und der smarten Stadt können die Bürger*innen zu Recht erwarten, dass eine zunehmende Zahl an Verwaltungsformalitäten online abrufbar sein dürfte, einschließlich der Anmeldung zu kommunalen Dienstleistungen, der Beantragung unterschiedlicher Formen der finanziellen Unterstützung, der Schulanmeldung und der Anmeldung zu nachschulischen Aktivitäten, usw. Dies kann die Effizienz und Benutzer*innenfreundlichkeit dieser Verfahren verbessern, wodurch die Erfahrung der Öffentlichkeit mit dem Zugang zu den öffentlichen Diensten verbessert und dadurch das Vertrauen in diese Einrichtungen gesteigert wird. Es sollte jedoch nicht zu Lasten der Benutzer*innen gehen, welche mit der Informationstechnologie hadern, sondern eher eine Gelegenheit darstellen, mehr Mitarbeiter*innen mit Publikumskontakt einzusetzen, um ihnen behilflich zu sein.

Der Übergang auf die digitale Leistungserbringung bietet die Gelegenheit, die administrative Vereinfachung und Dezentralisierung voranzubringen. Der Umstieg auf die ortsungebundene Arbeit zeigte eine Reihe an

Möglichkeiten zur Revolutionierung der Büroarbeit, einschließlich der öffentlichen Verwaltung. Wenn sehr viele Mitarbeiter*innen nicht länger im gleichen Gebäude tätig sein müssen, kann eine größere Zahl dieser Mitarbeiter*innen auf verschiedene Stadtviertel umverteilt werden, damit die Einwohner*innen nicht mehr so lange Strecken zurücklegen müssen, um von dem*der entsprechenden Ansprechpartner*in persönlich betreut zu werden.

Eine Verbesserung der Funktionsweise der Stadt bedeutet ebenfalls, dass Neubewertet wird, wie einige Grundversorgungsleistungen erbracht werden. In den letzten Jahrzehnten befahl das neoliberale Dogma, dass Städte möglichst viele Dienstleistungen in den privaten Sektor auslagern, einschließlich Müllabfuhr und Abfallaufbereitung, Wasserversorgungsnetze, Verpflegung in Schulen und Gemeinschaftszentren sowie Reinigung städtischer Gebäude, und zwar oft langfristig zu Lasten von Servicequalität und Kosten.

Im Jahr 2017 machte die öffentliche Auftragsvergabe in den Ländern der OECD durchschnittlich 30,45 % der öffentlichen Ausgaben aus, von denen mehr als die Hälfte von Regional- und Stadtverwaltungen ausgingen.⁶⁷ Bezüglich der Städte Güter und Dienstleistungen von externen Anbieter*innen, müssen sie höchste Umwelt- und Sozialstandards fordern, insbesondere bei Bauvorhaben.

Unternehmen, gemeinnützige Einrichtungen und Wissenschaftler*innen können mit Hilfe von offenen Daten über Verkehrs- und Versorgungsnetze Leistungsschwächen im Rahmen der derzeitigen Funktionsweise der Dienste ermitteln, wie die Kartierung von Wasseraustritten.



- **Der Übergang auf die digitale Dienstleistungserbringung sollte als Gelegenheit genutzt werden, die administrativen Verfahren durch eine Verbesserung des Informationsflusses zwischen den verschiedenen örtlichen Dienststellen zu vereinfachen. Die Leistungserbringung über Mitarbeiter*innen mit Publikumsverkehr sollte beibehalten und an Benutzer*innen angepasst werden, welche mit den neuen Technologien hadern.**
- **Die öffentlichen Dienste sollten den Bürger*innen über dezentralisierte Büros in den verschiedenen Stadtvierteln näher gebracht werden. Dies kann zusammen mit maßgeschneiderten Kampagnen erfolgen, um sich an Bevölkerungsgruppen zu wenden, welche aufgrund von Sprachschwierigkeiten und anderer Probleme schwerer erreichbar sind.**
- **Die Stadtbediensteten müssen einen existenzsichernden Lohn in Einklang mit dem geltenden Tarifvertrag erhalten, unabhängig davon, ob sie unmittelbar beschäftigt werden oder für Subunternehmer*innen tätig sind, wobei es kein geschlechtsspezifisches Lohngefälle geben darf.**
- **Die Rentabilität extern vergebener Dienstleistungen muss in Anbetracht ihrer langfristigen finanziellen Folgen sowie der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Subunternehmer Neubewertet werden. Die Stadt Paris und die an sie angrenzenden Kommunen haben die Dienstleistungen im Bereich Wasserwirtschaft rekommunalisiert und stellten Verbesserungen bei Kosten und Effizienz fest.⁶⁸ Die Greater London Authority bemüht sich, die S-Bahn unter öffentliche Kontrolle zu bringen, um die Erschwinglichkeit und Anbindung an andere Verkehrsmittel zu verbessern.⁶⁹**
- **Solange es für den Betrieb öffentlicher Dienste nicht abträglich ist, müssen die Städte möglichst viele ihrer Daten öffentlich zugänglich machen, um innovative Lösungen für potenzielle Leistungsschwächen zu ermöglichen.**

6.4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Strukturfonds 2007 - 2013:
Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit



Der Europarat und die EU bemühten sich, die strukturierte Zusammenarbeit in diesen Gebieten auf regionaler Ebene über Euroregionen bzw. Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit zu fördern. Auf informeller Ebene entwickelten sich die Zusammenarbeitsbereiche noch kleinteiliger weiter, konzentriert auf Städte und deren Vororte, welche sich zufällig über eine internationale Grenze hinaus erstrecken. Diese Partnerschaften kommen im dichtbevölkerten, postindustriellen Kernland Westeuropas häufig vor – Strasbourg-Ortenau, Freiburg und seine elsässischen Nachbarn, Lille-Kortrijk-Tournai – werden aber auch anderswo angewandt, wie über den Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö und zwischen den baskischen Städten Irun (ES) und Hendaye (FR).

Städte müssen nicht aneinander angrenzen, um zusammenzuarbeiten. Die vom Programm URBACT der Europäischen Kommission verwalteten Themenetze, die von den Vereinen EUROCITIES und Euro-towns geleiteten Projekte und die institutionelle Rolle des Europäischen Ausschusses der Regionen bieten wertvolle Räume für den Austausch erprobter Vorgehensweisen. Die Städte Europas sollten eine viel größere Rolle im Rahmen der Entscheidungsfindung der EU spielen, weshalb die Arbeit unserer Kolleg*innen der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen so außerordentlich wertvoll ist. Auf kleinerer Ebene bieten Partnerstadtprogramme Gelegenheiten für den kulturellen Austausch, welcher die Leistungen der europäischen Integration konkreter und sichtbarer gestaltet.

Gemeinsame Initiativen wie der Konvent der Bürgermeister*innen, welcher sich für die Umsetzung der Klimaziele der EU einsetzt, müssen begrüßt werden, ebenso wie internationale Foren wie der Globale Konvent

der Bürgermeister*innen und die C40 Cities, welche eine führende Rolle beim Klimaschutz spielen.

- **Der Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Europäischen grenzüberschreitenden Mechanismus (ECBM) sollte unterstützt werden, um die territoriale Zusammenarbeit über die europäischen Grenzen hinaus weiter zu vereinfachen und zu fördern.**
- **Die Stadtverwaltungen müssen operativ sein, nicht durch Zuständigkeitsfragen eingeengt werden. Deshalb sollten die regionalen und nationalen Regierungen grenzüberschreitende Partnerschaften zwischen Städten aller Größen in allen Teilen Europas erleichtern.**
- **Die INTERREG-Förderung muss die Entwicklung der grenzüberschreitenden administrativen Zusammenarbeit sowie die dazugehörigen Infrastrukturen auch weiterhin unterstützen.**
- **Wir fordern in Einklang mit unseren Kollegen von der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen, dass die Städte in die Ausrichtung der anstehenden Konferenz über die Zukunft Europas eng eingebunden werden.⁷⁰**

AUFBAU VON STADTWIRTSCHAFTEN FÜR DIE MEHRHEIT

Die Städte treten dank ihrer Ballungswirkung als treibende Kräfte des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen auf unserem Kontinent auf. Da sie Arbeitnehmer*innen und Unternehmen am gleichen Ort zusammenbringen, machen sie es den Unternehmen einfacher, ihren Mitarbeiter*innenbedarf zu stillen, und den Arbeitnehmer*innen, Arbeitsplätze zu finden, welche am besten zu ihren Fähigkeiten passen. Die Städte machen folglich 77,4% der Arbeitsplätze innerhalb der EU aus, mit 53% der Unternehmen in europäischen Großstädten und Großräumen. 75% der Großstädte übertreffen das restliche Land im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum.⁷¹



7.1. Dynamische Zentren der Wirtschaftstätigkeit und sozialen Innovation

Die Städte müssen eine unternehmensfreundliche Umgebung bleiben, in der die umwelt- und digitalorientierten Branchen von morgen entstehen und die Bürger*innen Arbeitsplätze finden können. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stadtverwaltungen, ein unternehmensfreundliches Umfeld zu fördern. Unsere soziale Investitionspolitik ist in dieser Hinsicht eine enorme Hilfe, da sie sicherstellt, dass die Unternehmen ihren Einstellungsbedarf an qualifizierten Arbeitnehmer*innen decken können. Eine verbesserte Lebensqualität führt ebenfalls zu produktiveren Arbeitskräften, weshalb wir auch weiterhin für die Rechte der Arbeitnehmer*innen und sozialen Schutz auf allen Ebenen kämpfen werden. Die Stadtwirtschaft darf nicht zu einer Gig Economy verkommen, in der der einzelne von ausbeuterischen Arbeitgeber*innen wie Wegwerfware behandelt wird.

Alle Arten der Wirtschaftstätigkeit sollten ihren Platz in den Städten haben, von Dienstleistungsunternehmen bis hin zur Produktion und sogar zur urbanen Landwirtschaft. Eine vielfältige Produktionsgrundlage kann den Städten helfen, Sektorenkrisen zu überstehen und Güter und Dienstleistungen anzubieten, welche auf die spezifischen Bedürfnisse der Einwohner*innen zugeschnitten sind und nicht über den halben Erdball reisen müssen. Der Green Deal und der Fonds für den gerechten Übergang sollten genutzt werden, um Fabriken in Stadtgebieten beim Übergang auf schadstoffarme Modelle zu unterstützen. Die Städte können mit Hilfe von Innovationen im Rahmen der urbanen Landwirtschaft sowie eines neu erwachten Interesses an Gemeinschaftsgärten die Artenvielfalt, wie Insekten und Vögel unterstützen und gleichzeitig alternative Nahrungsquellen anbieten.





„Die Zukunftsorte der Stadt sind wichtiger Bestandteil unserer Strategie. Anfang April 2019 wurde die Siemensstadt als jüngster Zukunftsort eröffnet. EU-Mittel, insbesondere aus den Strukturfonds und dem Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration, werden zur Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft eingesetzt.“

- Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Deutschland

Die örtliche Ebene ist dienlich bei der Entwicklung lebensfähiger sozialer Wirtschaftsökosysteme aus Genossenschaften, Sozialunternehmen, Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen. Derartige Einrichtungen mit sozialer Aufgabe arbeiten auf äußerst ähnliche Ziele hin wie progressive Städte: unter anderem Inangriffnahme der Armut, Verbesserung der Integration und Verringerung der Abfallvolumen. Ihr partizipatives Modell spiegelt das von uns angestrebte Modell wider, welches den öffentlichen politischen Entscheidungen Gestalt verleihen soll. Die Städte haben über die Förderung ihrer Entwicklung mit Hilfe von Partnerschaften und materieller Unterstützung viel zu gewinnen, da ihr Handeln als Ergänzung der Behörden dienen kann. Solidarische Lebensmittel-läden, Second-hand-Läden, Upcycling- und Freecycling-Initiativen, Wohnungsbaugenossenschaften – von denen viele ihre Tätigkeiten nutzen, um vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Menschen bei der Eingliederung zu unterstützen – tragen alle zum Aufbau fairer und nachhaltiger Städte bei. Wie alle anderen KMU sehen sie sich bei ihrer Tätigkeit in einer urbanen Umwelt zahlreichen Herausforderungen gegenübergestellt.

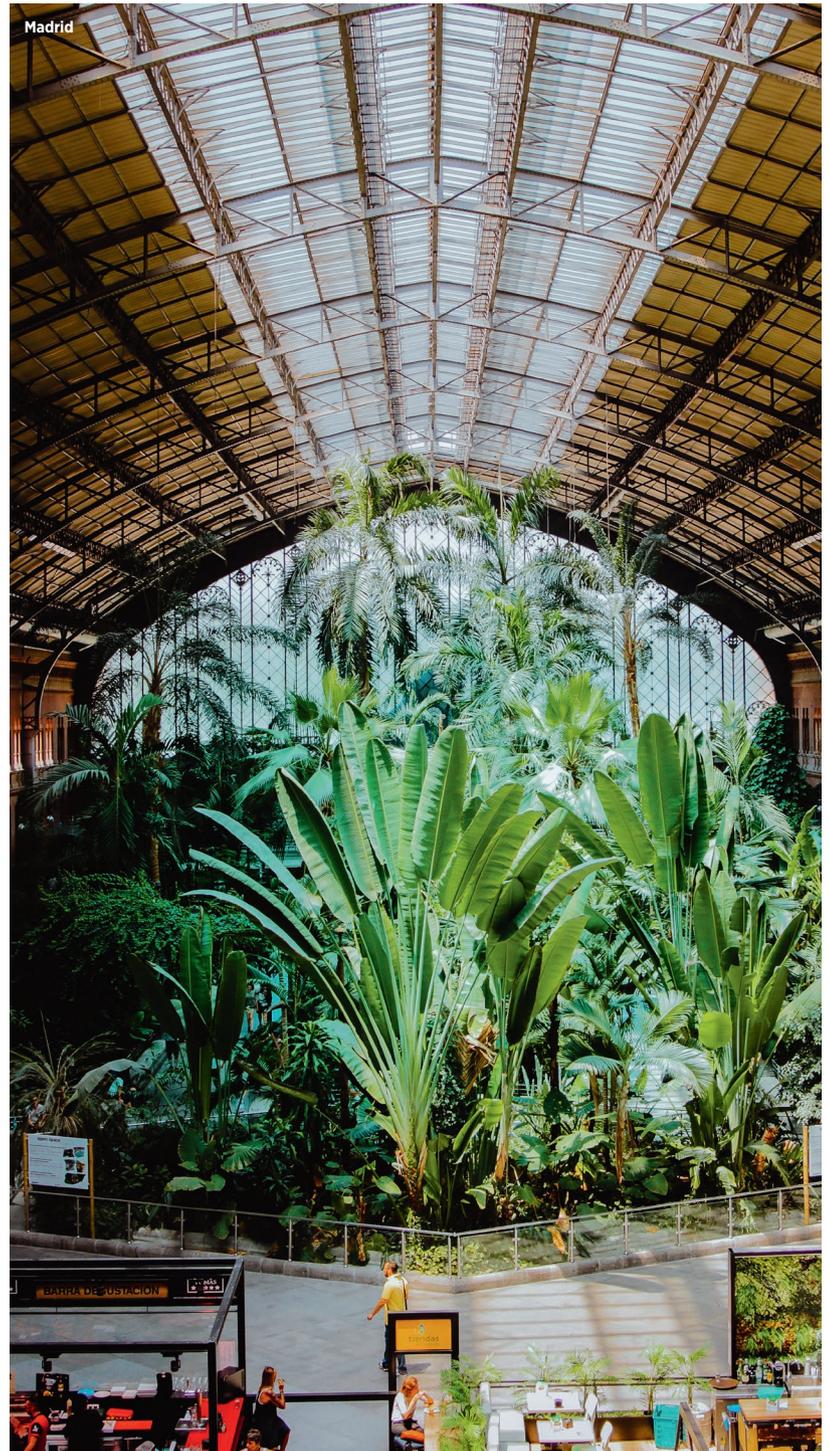
Bei einer der größten Schwierigkeiten, mit der alle Unternehmen in den Städten konfrontiert sind, handelt es sich um die steigenden Mieten, welche für kleine, unabhängige Unternehmen und Start-ups besonders problematisch sind. Genau wie beim Wohnraum gibt es zahlreiche Initiativen, welche von den Stadtverwaltungen genutzt werden können, um den Auswirkungen der spekulativen Immobilienentwicklung entgegenzuwirken. Viele kleine Läden leiden unter dem Konkurrenzdruck, den autoabhängige Einkaufszentren in den Randgebieten sowie Online-Einzelhändler*innen ausüben, die in der Lage sind, ihre steuerliche Belastung zu optimieren. Die Vorherrschaft von Einkaufszentren am Stadtrand, welche in der Lage sind, kleinere Läden in den Stadtvierteln zu unterbieten, birgt die

Gefahr irreparabler Schäden am Gefüge aus kleinen Unternehmen, welche jede Stadt einzigartig machen. Der Niedergang der Läden im Stadtzentrum und in den Stadtvierteln bewirkt, dass für grundlegende Annehmlichkeiten in immer stärkerem Maße auf das Auto zurückgegriffen werden muss, was zu einer zusätzlichen räumlichen Ungleichheit und Mobilitätsproblemen führt. Wie weiter oben bereits erwähnt, sind die Städte ebenfalls Bildungszentren. Die innovativen Fähigkeiten der Universitäten, sonstigen Hochschuleinrichtungen und ihrer dazugehörigen Forschungszentren können durch das Entstehen neuer Technologien und Prozesse als Katalysator für die Wirtschaftsentwicklung dienen. Dies kann nur dann erfolgen, wenn die richtige Infrastruktur und Unterstützung für Student*innen und Wissenschaftler*innen zur Verfügung steht, und zwar insbesondere Wohnraum, damit sie aus aller Welt anreisen können. Die Kommunalpolitik kann ebenfalls zu Orten beitragen, welche das Entstehen neuer Unternehmen erleichtern, wie Gründer*innenzentren und Coworking-Räume.

Der kreative und kulturelle Bereich, die Unterhaltungsindustrie und die Gastronomie sind für das Wirtschaftsgefüge vieler Städte lebenswichtig und oft ein Grund dafür, dass es viele Einwohner*innen und Touristinnen in eine bestimmte Stadt zieht. Das von der europäischen Initiative Neues Bauhaus eingerichtete Netz kann helfen, Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationszentren zu schaffen, in denen Bürger*innen, Studentinnen und Wissenschaftler*innen aus verschiedenen verwandten Gruppen die Gelegenheit erhalten, ihre Ideen in Verbindung mit der Funktionsweise der Städte darzulegen und einzubringen.

Erwerbstätige, die außerhalb der Geschäftszeiten tätig sind, bilden die Abend- und Nachtwirtschaft, deren Interessen mit den Bedürfnissen der Einwohner*innen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen.

- Die Städte müssen sich bei der Planung städtischer Sanierungsinitiativen und neuer Verkehrsinfrastrukturen auch weiterhin der Bedürfnisse der vor Ort ansässigen Unternehmen und Industriebetriebe bewusst sein. Die Bewilligung von Baugenehmigungen für große Einkaufszentren muss sich selektiver gestalten, wobei die Verkehrsauswirkungen der Genehmigung von Fachmarktzentren am Stadtrand stärker berücksichtigt werden sollten.
- Den in den Innenstädten ansässigen kleinen Unternehmen, die mit emporschnellenden Mieten konfrontiert sind, muss mehr Unterstützung zukommen. Die Stadt Paris bietet kleinen Unternehmen und Selbständigen leerstehende Geschäftsräume als Büro- oder Coworking-Räume an.
- Die Stadtverwaltungen sollten Planungsbeschränkungen für zusätzliche Einzelhandelsentwicklungen am Stadtrand einsetzen, um Einzelhandelsinvestitionen in die Stadtzentren und anderen Stadtviertel zurückzubringen.
- Ein*eine spezielle*r Ansprechpartner*in bzw. eine spezielle Einrichtung sollte eingesetzt werden, um zwischen den Anforderungen der Nachtwirtschaft und den Bedürfnissen der Einwohner*innen zu vermitteln. Nachdem die Amsterdamer Nachtclubs und Konzertsäle den Weg bereitet hatten, werden überall in Europa, von Prag bis Mannheim "Nachtbürgermeister*innen" ernannt.



7.2. Kommunale Kreislaufwirtschaft zur Abfallvermeidung

In unserer Politikbroschüre *The Circular Transition: Towards an economy that puts people first and respects the limits of the planet*⁷², schildert die SPE unsere Verpflichtung, uns zu einem Kreislaufmodell von Produktion und Verbrauch hinzubewegen, das die Grenzen unseres Planeten respektiert. Dieses Versprechen wurde ebenfalls in unser Manifest von 2019 aufgenommen.

Da die große Mehrzahl der europäischen Bevölkerung und der größte Teil der europäischen Wirtschaftstätigkeit in den Städten ansässig sind, gelten die in diesem Papier enthaltenen Empfehlungen definitionsgemäß für den städtischen Kontext. Es gibt jedoch bestimmte spezifische Fragen darüber, welche Städte noch mehr bewegen können, wenn ihnen die nationalen Regierungen die richtigen Ressourcen und die entsprechende Unterstützung zukommen lassen.

Vor allem die zweifachen Herausforderungen von Abfallwirtschaft und Recycling sind Vorgaben, für die die Städte am häufigsten unmittelbar zuständig sind. An dieser Stelle gibt es einige Gründe, optimistisch zu sein, da Eurostat zufolge 55 % der Abfälle (mit Ausnahme größerer mineralischer Abfallstoffe) bereits dem Recycling zugeführt werden.⁷³ Diese positiven Zahlen kaschieren Ungleichheiten zwischen den Städten, denen nicht die gleichen Ressourcen zur Verfügung stehen, um in ebenbürtige Recyclingprozesse zu investieren.

Wir müssen Strategien für eine Kreislaufwirtschaft konzipieren, welche den Verbrauch und die Ressourcennutzung allgemein reduzieren und in unseren Städten am effektivsten sein können. Eine Kreislaufwirtschaft trägt zur Verringerung der Abfallvolumen bei und schafft ebenfalls Arbeitsplätze über die Sortierung, die Wiederverwertung, die Reparatur und letztendlich den

Handel mit Abfall. Die Kreislaufwirtschaft trägt ebenfalls dazu bei, stärkere lokale Wirtschaften aufzubauen, weshalb die Städte ihre Maßnahmen und ehrgeizigen Ziele in diesem Streben voranbringen sollten. Wir müssen zu diesem Zweck investieren und Innovationsanreize bieten, indem wir sowohl nachhaltiges Material verwenden und die Lücke schließen als auch die Information und die integrative Beschlussfindung in Bezug auf den Prozess der Kreislaufwirtschaft, insbesondere auf der Ebene der Stadt verbessern.

Über den alleinigen Schwerpunkt Recycling hinausgehend ist es sogar noch effektiver, die Lücke bei der Materialverwendung zu schließen, um Abfall zu vermeiden und die Ressourcen in produzierten Waren aufzuwerten. Obwohl die diesbezüglichen Anreize für die Unternehmen hauptsächlich in den Händen der nationalen Regierungen und der EU liegen, können die Stadtverwaltungen örtliche Initiativen in die Wege leiten, um den Verbrauch durch die Förderung von Wiederverwendung und gemeinsamer Benutzung zu reduzieren. Reparatur und Überholung lassen sich nicht leicht delokalisieren, wobei diese Kompetenzen eine sinnvolle Umschulungsmöglichkeit für vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Mitbürger*innen bieten.

“Bibliotheken der Dinge” in den Stadtvierteln, bei denen die Mitbürger*innen Gartengeräte, Heimwerker*innenbedarf und sonstige, nur vereinzelt benötigte Haushaltsgeräte ausleihen können, verringern die Menge an produzierten Waren, ohne den Lebensstandard zu schmälern. Artikel, die nur vorübergehend genutzt werden (wie etwa Kinderbekleidung), können entweder durch Ausleihe oder den Weiterverkauf in Wohltätigkeitsläden weitergegeben werden.

Für Stadtverwaltungen, welche im Besitz ihrer örtlichen

Energieinfrastrukturen sind, ist der notwendige Übergang auf erneuerbare Energiequellen ein offensichtlich notwendiger Schritt, wobei die EU sicherstellen sollte, dass sie Zugang zu den erforderlichen Fördermitteln erhalten können. Fernwärme erwies sich als besonders effektives Mittel für die Wärmeversorgung von Einwohner*innen und Unternehmen mit Hilfe erneuerbarer Energiequellen.

Selbst Städte, welche keine unmittelbare Kontrolle über ihre Energieversorgung haben, können dennoch viel tun, um zur Energiewende beizutragen. Als Eigentümerinnen und Verwalter*innen eines umfangreichen Bestands an öffentlichen Gebäuden müssen sie bei der Verbesserung der Energieeffizienz an vorderster Front stehen. Denn die Renovierungswelle der EU soll sich ebenfalls auf öffentliche Gebäude, wie Schulen und Krankenhäuser erstrecken. Dies sollte in dem Bestreben erfolgen, dass alle neuen öffentlichen Projektierungen sich durch eine bessere Isolierung und die Installation von Solarpanels klimaneutral und widerstandsfähiger gegenüber Naturkatastrophen gestalten. Viele Teile Europas sind dem Klimawandel und Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen und Stürmen ausgesetzt.

- **Müllverbrennung muss das letzte Mittel sein, wobei keine neuen Einrichtungen mit Mitteln der EU gefördert werden sollten. Die Investitionen sollten stattdessen zur Verbesserung der Sammlung und Aufbereitung recyclingfähiger Stoffe verwendet werden.**
- **Fördermittel und Unterstützung sollten Gemeinschaftsinitiativen für die gemeinsame Nutzung, Wiederverwendung und Reparatur bestehender Artikel entweder über Bibliotheken der Dinge oder Second-hand-Läden zugute kommen. Die Stadt Berlin eröffnete beispielsweise ihr eigenes Kaufhaus für Second-hand-Möbel, um die Abfallvolumen zu verringern.⁷⁴**
- **Schweden weist den Weg bei der energieeffizienten Fernwärme, welche die Restenergie der örtlichen Industriebetriebe in immer umfangreichem Maße weiterverwenden kann, um die Haushalte mit Hilfe einer verbesserten Wärmeübertragungstechnologie zu beheizen. Dies dürfte neue Maßstäbe für die Städte im Hinblick auf Investitionen in die Fernwärme festlegen.**
- **Die Städte können zur UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung beitragen, indem sie sicherstellen, dass ihre Lieferketten im öffentlichen Vergabewesen mit den Maßstäben der Internationalen Arbeitsorganisation übereinstimmen. Das Programm der Fair Trade Towns präsentiert Städte, welche sich verpflichtet haben, Erzeugnisse aus dem fairen Handel zu beschaffen und ihre Erhältlichkeit im örtlichen Einzelhandel zu fördern.**

7.3. Ein faireres Angebot für den Tourismus

Wie in der Erklärung des Netzwerks der SPE-Tourismusminister*innen hervorgehoben, spielt der Tourismus in den europäischen Gesellschaften eine zentrale Rolle als treibende Kraft des Wohls der Bürger*innen und trägt auf diese Weise zu sozialem Zusammenhalt, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum bei.⁷⁵ Die Reisebranche und die hiermit verbundenen Sektoren machen 10,3% des BIP und 11,7% der Gesamtbeschäftigungszahlen aus.⁷⁶ Viele Städte und Gemeinden in weniger stark entwickelten Gebieten der Europäischen Union gingen dazu über, in umfangreichem Maße auf die Einnahmen aus dem Tourismus zu bauen, um ihre wirtschaftlichen Aussichten zu verbessern, und benötigen langfristige Investitionen für ihre nachhaltige Entwicklung.

Außerdem ist Tourismus für unsere Bürger*innen der beste Weg, den Reichtum und die Bandbreite unserer vielfältigen Europäischen Union zu erkunden, Verbindungen über die Grenzen hinaus aufzubauen und ein gemeinsames Verständnis unserer europäischen Identitäten zu entwickeln. Wir unterstützen eine Form des Tourismus,

welche diese Gelegenheiten für einen kulturellen Austausch und das gegenseitige Lernen fördert und den Arbeitnehmerinnen auf dem ganzen Kontinent gleichzeitig die Möglichkeit bietet, ihren verdienten Urlaub zu genießen. Der nachhaltige Tourismus – einschließlich der Reise und der Aktivitäten am Reiseziel – sollte in möglichst umfangreichem Maße unterstützt werden.

Obwohl die Einnahmen aus dem Tourismus vielen Bürger*innen aus wirtschaftlicher Sicht zugute kommen, führte die Umwandlung von Wohnraum in Tourist*innenunterkünfte über Online-Vermittler wie Airbnb zu einer Erhöhung der Wohnkosten. Die Bürger*innen vor Ort müssen zu jedem einzelnen Schritt herangezogen werden, wobei ihre Bedürfnisse und ihre Lebensqualität zu schützen sind.

Krakau



- **Einbeziehung der Anwohner*innen in die Beschlussfassung zu Tourismusinfrastrukturen und -einrichtungen.**
- **Die EU sollte politische Maßnahmen gegen die Immobilienspekulation ergreifen, welche das explosive Wachstum der Kurzzeitvermietungen von Wohnungen und die Anhäufung von Wohnungseigentum im Besitz von Investment- und Geierfonds ins Visier nehmen. Kurzzeitvermietungen über Online-Plattformen sollten insbesondere die gleichen Steuern und Versicherungsbeiträge wie normale Hotels, Pensionen und Mietobjekte zahlen. Ein Bündnis mehrerer Städte unter der Leitung der Bürgermeister*innen von Paris und Florenz forderte die Europäische Kommission auf, die Kurzzeitvermietung von Wohnungen als Teil des Gesetzes über digitale Dienste zu regeln.**
- **Lissabon führte vor dem Hintergrund der Covid-Pandemie das Programm Renda Segura ein, in dessen Rahmen die Stadtverwaltung Mietverträge für Ferienwohnungen mit einer Laufzeit von fünf Jahren abschließt, bevor sie sie dann als bezahlbaren Wohnraum untervermietet.⁷⁷**



BEKRÄFTIGUNG UNSERER VER- PFLICHTUNG ZU LANGFRISTIGEN INVESTITIONEN IN DIE STÄDTE

Aufgrund des enormen Finanzierungsbedarfs in Verbindung mit dem ökologischen Wandel müssen wir den Umfang der städtischen Investitionen von Grund auf überdenken. Die Global Commission on the Economy and the Climate ging im Jahr 2015 davon aus, dass bis 2030 weitere 93 Millionen USD für emissionsarme Infrastrukturen benötigt werden, um auf dem Kurs 1,5°C zu bleiben.⁷⁸

Neben der ökologischen Nachhaltigkeit müssen die Fördermittel eingesetzt werden, um sich der weiter oben aufgezählten Herausforderungen der sozialen Nachhaltigkeit anzunehmen, welche sich in ständigem Wandel befinden. Aus diesem Grund unterstützen wir Sozialdemokrat*innen eine Reihe von Maßnahmen, welche Städten jeder Größe die Möglichkeit bieten, in ihre örtliche Wirtschaft und ihren ökologischen Wandel mit Hilfe einer Kombination aus EU-, einzelstaatlichen und privaten Mitteln zu investieren.

8.1. Öffentliche Finanzierung

Der Anteil der von den Städte auf den Weg gebrachten öffentlichen Investitionen blieb während der letzten zwanzig Jahre mit ungefähr 55% relativ stabil, was bedeutet, dass er den neoliberalen Sparmaßnahmen in den Jahren nach der Großen Rezession ebenfalls zum Opfer fiel. Dies schwächte deutlich - und schwächt immer noch - die Fähigkeit der Städte, die von uns an dieser Stelle dargelegte gewagte progressive Agenda umzusetzen.

Während der SPE-Kommissar für Wirtschaft Paolo Gentiloni in der Lage war, die Aussetzung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sicherzustellen, um der unmittelbar bevorstehenden Covid-19-Krise entgegenzutreten, sind wir der Überzeugung, dass ein grundlegender Wandel auch weiterhin erforderlich ist. Wir fordern eine "goldene Steuerregel", in deren Rahmen bestimmte öffentliche Investitionen von der Anwendung der Haushaltsregeln ausgenommen sind.

In Ländern, in denen die Kommunen wenig verfassungsrechtlichen Schutz genießen, kürzen konservative und reaktionäre Regierungen die Mittel für progressive Städte, um sie unter Druck zu setzen und ihre Fähigkeit einzuschränken, eine alternative Politik umzusetzen. Wir müssen dies anprangern, sobald es geschieht.

- **Öffentliche Investitionen müssen von der Anwendung des SWP dauerhaft ausgenommen werden, damit die Städte ihr Humankapital ausbauen, der Wohnungsknappheit entgegenwirken und ihren Bedarf an Energie- und Umweltinfrastrukturen finanzieren können.**
- **Fördermittel der nationalen Regierungen müssen konstant bleiben, wobei die Städte über Ermessensspielraum im Hinblick auf die Erzielung von Steuereinnahmen verfügen sollten, damit die Bürger*innen das letzte Wort in Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge haben können, von der sie möchten, dass sie in ihren Städten bereitgestellt wird.**
- **Erhöhung der Anziehungskraft kleiner und mittlerer Städte im Vergleich zu Hauptstädten und Städte zweiten Ranges durch Verbesserung der Verkehrsanbindung und der digitalen Anschlussmöglichkeiten.**
- **Wir fordern ebenfalls eine Reform der Rechnungslegungsstandards für die öffentlichen Haushalte (ESA/SEC).**



8.2. EU-Fördermittel

Dank progressiver Leitfiguren gelangten wir zu einem ehrgeizigen Abschluss im Hinblick auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen und den Wiederaufbaufonds, im Zuge dessen der Einsatz der EU für ihre Städte und Regionen sowie die soziale Innovation auf dem ganzen Kontinent bekräftigt wird.



„Es kommt besonders auf die Stärkung der Städte an. Mit unserer Kohäsionspolitik wollen wir dazu beitragen, indem wir mehr als 16 Milliarden Euro für Prioritäten und Projekte bereitstellen, die von den Städten selbst auf der Grundlage ihrer eigenen Strategien für nachhaltige Entwicklung ausgewählt wurden.“

- Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen

EU-Fördermittel stehen zur Verfügung in Form von Zuschüssen aus Programmen der Kommission, einschließlich des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds+ (FSE+) und Horizon Europe, sowie in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB). Das Programm des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) der Kommission, welcher bald zu InvestEU werden soll, dient zur Absicherung von EIB-Darlehen. Hinweise in Bezug auf diese Finanzierungsquellen können über einen als Teil der EU-Städteagenda eigens für die Städte eingerichteten Beratungsdienst – URBIS – sowie die allgemeinen Instrumente fi-compass, JASPERS, ELENA und JESSICA abgerufen werden. Die Effizienz dieser Hilfsmittel sollte nicht anhand der Darlehensvolumen, sondern vielmehr anhand der Frage beurteilt werden, ob sie in der Lage sind, die am stärksten benachteiligten und hinter den Erwartungen zurückbleibenden Städte zu erreichen. Die Instrumente der Kommission stehen insbesondere in der Pflicht, riskantere Projekte ausfindig zu machen, welche auf keinen anderen Finanzierungsquellen aufbauen können.

Obwohl wir neue Maßnahmen in umfangreichem Maße unterstützen, welche die Verwendung der EU-Mittel schützen sollen bzw. verhindern sollen, dass sie mittels betrügerischer oder gewissenloser Geschäftsmethoden abgezweigt werden, zu denen es durch systematische Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit kommen kann, sollten Städte, die die ihnen zugeteilten Mittel verantwortungsbewusst verwalten, nicht für das Verhalten nationaler Regierungen bestraft werden.

- **Die Mitgliedsstaaten und Regionen sollten die neue Kohäsionspolitik 2021-2027 in vollem Umfang und rasch nutzen, einschließlich der Möglichkeiten für Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Die Städte sollten möglichst viele der ihnen zugeteilten Mittel verwenden. Eine technische Unterstützung der lokalen und regionalen Behörden sowie der Stadtverwaltungen sollte bewilligt werden, um Synergien auszubauen, erprobte Methoden auszutauschen, die bürokratischen Belastungen zu verringern und Projekte zu erleichtern, die über mehrere Fonds gefördert werden.**
- **EIB und EFSI/InvestEU sollten soweit erforderlich Mittel eigens für hinter den Erwartungen zurückbleibende Gebiete bereitstellen, indem sie riskantere Projekte übernehmen.**
- **Ein Rechtsstaatlichkeitsmechanismus in Verbindung mit dem EU-Haushalt sollte gewährleisten, dass die Fördermittel die Städte auch weiterhin erreichen, ungeachtet der Versäumnisse der nationalen Regierungen.**

8.3. Private Finanzierung

Nachhaltige Finanzen sind eine wachsende Branche, die ständig weiter expandiert und dadurch immer mehr langfristige Investitionsmöglichkeiten umfasst, welche das Klimarisiko einbeziehen oder helfen, den ökologischen Wandel zu finanzieren. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2017 geht davon aus, dass auf sechs Branchen (siehe Tabelle) aufgeteilte Investitionsmöglichkeiten in Höhe von potenziell 1,2 Billionen USD in Stadtgebieten in Europa und Zentralasien bestehen.⁷⁹

Branche	Anlagemöglichkeiten (in Mrd. USD)
Abfall	17
Erneuerbare Energie	88
Öffentliche Verkehrsmittel	116
Klimafreundliches Wasser	64
Elektrische Fahrzeuge	46
Grüne Gebäude	881
Gesamt	1,200

Eine allgemein verwendete Methode zur Nutzbarmachung privater Investitionen besteht aus öffentlich-privaten Partnerschaften, bei denen die Unternehmen die von den Regierungen traditionellerweise bereitgestellten wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturen gegen Gewährung einer Form der Risikobeteiligung bauen. Obwohl sie eigentlich zusätzliche Leistungen zu niedrigeren Kosten für die öffentliche Geldbörse erbringen sollen, können sie ohne strenge Überwachung einen unangemessenen Anteil der Risikobelastung auf die öffentlichen Einrichtungen abwälzen.

Erhöhte Wachsamkeit ist erforderlich, damit sichergestellt werden kann, dass die Rechnung für Mehrkosten und unzureichende Leistung nicht von der Öffentlichkeit beglichen werden muss.⁸⁰

Eine Alternative für Städte, die eine Mobilisierung privater Mittel anstreben, während sie die Kontrolle über ihre Verwendung behalten, ist die Ausgabe von "Klima-" oder "Ökoanleihen" – obwohl dies sich auf Mitgliedsstaaten beschränkt, in denen die Städte ihre eigenen Mittel über Schuldtitel aufbringen dürfen. Anders als bei der herkömmlichen Schuldverschreibung binden diese Anleihen die Erlöse an die Verwendung für Projekte, welche den Klimaeinfluss der Städte verringern oder die Auswirkungen des Klimawandels abschwächen sollen. Die hieraus hervorgehenden Anleihen können eine Umweltverträglichkeitszertifizierung erhalten und dadurch Mittel von Investor*innen anziehen, welche die finanziellen Risiken in Verbindung mit dem Klimawandel einpreisen, oder Investor*innen wie öffentliche Pensionfonds, welche bestimmte Nachhaltigkeitsziele verfolgen.

Das Haupthindernis für die Ausgabe von Ökoanleihen durch die Städte ist technischer Art, da sie oft keine Erfahrung mit der Verwaltung der Kapitalmarktfinanzierung haben und auf hohe Transaktionskosten im Hinblick auf die Zertifizierung und die Werbung potenzieller Investor*innen stoßen können. Trotz dieser Einschränkungen gelang es etlichen SPEgeführten Städten, diese Methode zu nutzen, um öffentliche Verkehrsmittel (Göteborg), die Sanierung von Wohnraum (Hannover) sowie neue Schulen und Sozialwohnungen (Region Ile-de-France/Paris) zu finanzieren. Selbst mittelgroße Städte wie Östersund waren in der Lage, auf diese Weise Mittel aufzubringen.⁸¹

Die im Juli 2020 verabschiedete EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Tätigkeiten⁸² enthält eine ausführliche Liste der Tätigkeiten, welche zu den sechs nachstehenden Zielen beitragen:

- Abschwächung der Folgen des Klimawandels;
- Anpassung an den Klimawandel;
- Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser und Meeresressourcen;
- Übergang auf eine Kreislaufwirtschaft;
- Vorbeugung und Kontrolle der Umweltverschmutzung;
- Schutz und Wiederherstellung von Artenvielfalt und Ökosystemen.

Eine Wirtschaftstätigkeit, welche zu mindestens einem dieser Ziele beiträgt, ohne die anderen maßgeblich zu beeinträchtigen, wird als mit der Taxonomie konform betrachtet.

- **Die Kommission muss im Anschluss an die Schlussfolgerungen ihrer Konsultation zügig handeln, um Vorschläge für einen EU-Standard für grüne Anleihen vorzulegen. Er muss unkompliziert und für die Investor*innen und die Emittenten leicht verständlich sein.**
- **Technische Unterstützung muss den Städten zukommen, die Ökoleanleihen ausgeben möchten, um sie dabei zu unterstützen, die Zertifizierung zu erlangen und sie auf Finanzierungsquellen abzustimmen.**



ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Papier wurden die Punkte knapp dargestellt, welche wir als die Hauptherausforderungen betrachten, denen die europäischen Städte in den nächsten zehn Jahren gegenüberstehen, damit sie Orte bleiben, an denen man gerne wohnt. Da die Gesellschaften und das Klima einen raschen und unvorhersehbaren Wandel erleben, ist es unsere Aufgabe als sozialdemokratische Bewegung, sicherzustellen, dass die Entfaltung jedes*jeder Einzelnen und die Bedürfnisse der Gemeinschaft an wesentlicher Stelle im Rahmen der öffentlichen Politik stehen, die die Stadträume von morgen formt.

Wir waren stets bestrebt, Verbindungen zwischen den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen herzustellen, mit denen die Städte konfrontiert sind. Die ganze sozialdemokratische Familie, von den Stadträt*innen bis hin zu den Abgeordneten im Europäischen Parlament und den EU-Kommissar*innen, setzt sich dafür ein, Gerechtigkeit in allen drei Bereichen gleichzeitig zu erreichen. Die Städte können die treibende Kraft für umweltfreundliche Investitionen sein und gleichzeitig ihre eigene CO₂-Bilanz verbessern, jedoch nur, wenn sie in der Lage sind, als Leuchtfeuer der Gerechtigkeit hervorzuragen, in dessen Schein Chancen für alle Einwohner*innen garantiert sind.

In unserer politischen Begleitbroschüre *Changing the Focus: For a Society of Wellbeing* stellen wir einen neuen Ansatz vor, in dessen Rahmen eine ganzheitliche Wahrnehmung des Wohls zum Hauptziel der Politik wird. Wir bemühten uns, an dieser Stelle über die von uns



vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung des Alltags der Stadtbewohner*innen aufzuzeigen, wie konkret diese Verbesserungen sich gestalten und wie positiv sie die Erfahrung des Lebens in der Stadt beeinflussen können.

Die beste Methode, einen radikalen Wandel zu erzielen, ist eine Verstärkung des politischen Engagements zugunsten der auf dem Spiel stehenden Themen. Die meisten Aspekte der Stadtpolitik liegen auch weiterhin außerhalb der Zuständigkeitsbereiche der EU, weshalb das Handeln vor Ort so wichtig ist, um auf diesen schrittweisen Wandel zu drängen.

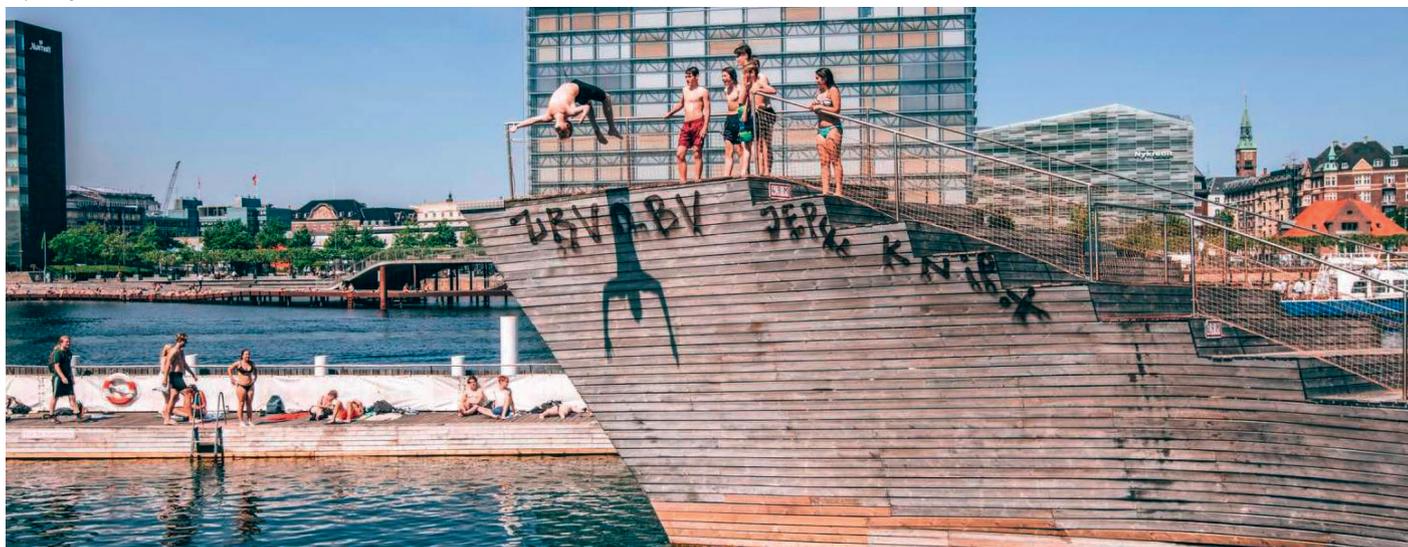
Der Daseinszweck unserer Kolleg*innen von der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen und PES Local lautet: den Wandel von unten nach oben vorantreiben.

Die kühnen Bestrebungen unserer Bewegung dürfen nicht durch begrenzte finanzielle Ressourcen eingeschränkt werden. Wir können es uns nicht leisten, nicht auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft umzusteigen, und der Großteil der Investitionen wird in den Städten benötigt. Es liegt in unserer Verantwortung als europaweite Partei mit Vertreter*innen in den nationalen Parlamenten, nationalen Regierungen, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, darauf zu achten, dass die erforderlichen Mittel zur Erzielung eines gerechten Übergangs vorhanden sind, dass sie sich für

den Umfang der Herausforderung angemessen gestalten und dass sie die Städte und Bürger*innen erreichen, die sie am dringendsten benötigen.

Ein Stadtmodell, das soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Beteiligung kombiniert, liegt in Reichweite; denn viele progressive Städte befinden sich bereits in dieser Phase. Mit dieser Vision möchten wir auf dem aufbauen, was bislang erreicht wurde, um sicherzustellen, dass jede Stadt in Europa auf die richtige Bahn gelangt, um nachhaltig und gerecht für alle zu werden.

Kopenhagen



Anmerkungen

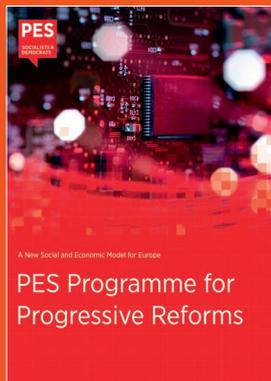
- 1 Dijkstra & Poelman (2012), Cities in Europe: the New OECD-EC Definition, https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/focus/2012_01_city.pdf
- 2 Zweitrangige Städte werden definiert als die größten Städte eines Landes mit Ausnahme der Hauptstadt, deren "wirtschaftliche und soziale Leistung von ausreichender Bedeutung ist, um die Leistung der inländischen Wirtschaft zu beeinflussen" – ESPON (2016), "Second Tier Cities Matter", ESPON Policy Brief, https://www.espon.eu/sites/default/files/attachments/ESPON_policy_brief_second_tier_cities_0.pdf
- 3 Rat der EU (2020), Territoriale Agenda 2030, <https://www.territorialagenda.eu/home.html>
- 4 Rat der EU (2016), Pact of Amsterdam, https://ec.europa.eu/futurium/en/system/files/ged/pact-ofamsterdam_en.pdf
- 5 Rat der EU (2020), The New Leipzig Charter: The transformative power of cities for the common good, https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/brochure/new_leipzig_charter/new_leipzig_charter_en.pdf
- 6 Stadt Wien (2019), "Vienna is the best city to live worldwide", <https://www.wien.gv.at/english/politics/international/comparison/economist-ranking.html>
- 7 SPE (2020), Changing the Focus: For a Society of Wellbeing
- 8 Moreno, C. (2019), "The 15 minutes-city: for a new chrono-urbanism!", <http://www.morenoweb.net/the-15-minutes-city-for-a-new-chrono-urbanism-pr-carlos-moreno/>
- 9 The Guardian (2020), "Paris mayor unveils '15-minute city' plan in re-election campaign", <https://www.theguardian.com/world/2020/feb/07/paris-mayor-unveils-15-minute-city-plan-in-re-election-campaign>
- 10 Europäische Umweltagentur (2019), Healthy environment, healthy lives: how the environment influences health and well-being in Europe, EEA Report n°21/2019, <https://www.eea.europa.eu/publications/healthy-environment-healthy-lives>
- 11 The Guardian (2020), "Coronavirus park closures hit BAME and poor Londoners most", <https://www.theguardian.com/uk-news/2020/apr/10/coronavirus-park-closures-hit-bame-and-poor-londoners-most>
- 12 Europäische Kommission (2020), "EU-Biodiversitätsstrategie für 2030: Mehr Raum für die Natur in unserem Leben", <https://eur-lex.europa.eu/legalcontent/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0380&qid=1614765148778&from=DE>
- 13 Institute for European Environmental Policy (2017), Nature for Health And Equity. <http://www.foeeurope.org/sites/default/files/biodiversity/2017/briefing-nature-health-and-equity-march-2017.pdf>
- 14 Barton & Rogerson (2017), "The importance of greenspace for mental health", *BJPsych International*, 14(4). <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5663018/>
- 15 SPE (2020), Affordable and Quality Healthcare for All!
- 16 Milan Urban Food Policy Pact (2015) Milan Urban Food Policy Pact, <http://www.milanurbanfoodpolicypact.org/wp-content/uploads/2016/06/Milan-Urban-Food-Policy-Pact-EN.pdf>
- 17 Europäische Kommission (2020), "Vom Hof auf den Tisch – Für ein gesünderes und nachhaltigeres EU-Lebensmittelsystem", https://ec.europa.eu/food/farm2fork_en
- 18 Courtin, E. & Knapp, M. (2015), "Social isolation, loneliness and health in old age: a scoping review", *Health and Social Care in the Community*, 25(3), 799–812, <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/hsc.12311>
- 19 Hamburg Eltern-Kind-Zentren, (2020), https://www.elbkinderkitas.de/en/kinder_und_eltern/besondere_angebote/eltern_kind_zentren/index.html
- 20 Dimitrova, M. (2019), "Live healthy and pick fruits directly from gardens across Copenhagen for free", *The Mayor EU*, <https://www.themayor.eu/en/live-healthy-and-pick-fruits-directly-from-gardens-across-copenhagen-for-free>
- 21 Istanbul Metropolitan Authority, (2020), Istanbul's Commitment to Principle 11 of the European Pillar of Social Rights on "Childcare and support for children", https://inclusivocities4all.eu/wp-content/uploads/2020/09/Istanbul_pledge_to_principle_11-1.pdf
- 22 Parks - Umsetzungsbeispiel von Gender Mainstreaming, <https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/gruenraum.html>
- 23 Europäischer Ausschuss der Regionen (2019), Kultur in einer Union, die mehr will: Die Rolle der Regionen und Städte, <https://cor.europa.eu/EN/our-work/Pages/OpinionTimeline.aspx?opId=CDR-4646-2019>
- 24 Culture Action Europe (2013), Measure the impact of culture on wellbeing: A definition shaped by a desire for the future, <https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwil9Jit84rqAhUDDewKHb7sD20QFJAeegQlAxAB&url=https%3A%2F%2Fcultureactioneurope.org%2Fdownload%2F%3Ffile-name%3D%2Ffiles%2F2013%2F12%2Fculture-and-well-being-reflectionpaper.pdf&usq=AOvVaw1xLhKyliAeYaqh0FK396z>
- 25 Eurostat (2020), "Robberies down by 34 % in the EU-27 between 2012 and 2018", *Crime statistics*, https://ec.europa.eu/eurostat/statisticsexplained/index.php/Crime_statistics#Robberies_down_by_34.C2.A0.25_in_the_EU-27_between_2012_and_2018
- 26 European Transport Safety Council (2019), "70% of road deaths in European cities are pedestrians, cyclists and motorcyclists", <https://etsc.eu/70-of-road-deaths-in-european-cities-are-pedestrians-cyclists-and-motorcyclists/>
- 27 Dehbi, C. (2019), "Community-Oriented Policing in the EU Today", *European Crime Prevention Network Toolbox Series*, 14, p.85, https://eucpn.org/sites/default/files/document/files/Toolbox%2014_EN_LR.pdf
- 28 Hills, C. (2020), "Stockholm's mental health ambulance could help the US rethink policing", *The World*, <https://www.pri.org/stories/2020-09-10/stockholms-mental-health-ambulance-could-help-rethink-policing-us>
- 29 Europäische Kommission (2019), "Road safety: European Commission sets out next steps towards "Vision Zero" including key performance indicators", https://ec.europa.eu/transport/themes/strategies/news/2019-06-19-vision-zero_en
- 30 Europarat (2020), "Promoting and protecting women's rights at national level", [https://www.coe.int/en/web/genderequality/promoting-and-protecting-women-s-rights#%263001324%22:\[5\]](https://www.coe.int/en/web/genderequality/promoting-and-protecting-women-s-rights#%263001324%22:[5])
- 31 Centro Senza Violenza, senzaviolenza.it
- 32 Tammaru et al. (2015), "A multi-factor approach to understanding socio-economic segregation in European capital cities", in *Socio-Economic Segregation in European Capital Cities: East Meets West*, Taylor & Francis, <https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/32143>
- 33 SPE (2018), Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in der Europäischen Union, https://www.pes.eu/export/sites/default/_galleries/Documents-gallery/Inequalities-DE.pdf_2063069299.pdfpdf_2063069299.pdf

- 34 Europäisches Parlament (2020), Bericht über den Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für alle, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2020-0247_EN.pdf
- 35 Ball, J. (2019), "Housing as a basic human right": The Vienna model of social housing, *New Statesman*, <https://www.newstatesman.com/spotlight/housing/2019/09/housing-basic-human-right-vienna-model-social-housing>
- 36 SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen (2020), "Affordable and sustainable housing must become a priority of Europe's recovery plan", <https://pes.cor.europa.eu/affordable-and-sustainable-housing-must-become-priority-europe%E2%80%99s-recovery-plan>
- 37 Eurofound (2012), "Quality of life in Europe: Impacts of the crisis", Third European Quality of Life Survey, p.105, https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef1264en_0.pdf
- 38 S&D Progressive Societies (2018), Sustainable Equality Report, pp. 111-112, <https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/2020-06/en-report-of-the-independent-commission-for-sustainable-equality-2019-2024.pdf>
- 39 Europäisches Parlament (2020), Ein starkes soziales Europa für gerechte Übergänge, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/EMPL-PR-657413_EN.pdf
- 40 Bettina, F. (2017), "The Rise of Community Land Trust in Europe", *LabGov*, <https://labgov.city/theurbanmedialab/the-rise-of-community-land-trust-in-europe/>
- 41 O'Sullivan, F. (2020), "Barcelona's Latest Affordable Housing Tool: Seize Empty Apartments", <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-07-16/to-fill-vacant-units-barcelona-seizes-apartments>
- 42 Knight, B. (2019), "Berlin's new rent freeze: How it compares globally", <https://www.dw.com/en/berlins-new-rent-freeze-how-it-compares-globally/a-50937652>
- 43 EU Energy Poverty Observatory (2020), "Indicators & Data", <https://www.energy-poverty.eu/indicators-data>
- 44 Europäische Kommission (2020), "Renovation wave", https://ec.europa.eu/energy/topics/energy-efficiency/energy-efficient-buildings/renovation-wave_en
- 45 Pleace, N. (2017), Housing First Guide Europe, https://housingfirsteurope.eu/assets/files/2017/03/HFG_full_Digital.pdf
- 46 Morabito & Vandenbroeck (2020), A Child Union! Reducing Inequalities in the EU through Investment in Children's Early Years, Foundation for European Progressive Studies, <https://www.feps-europe.eu/attachments/publications/towards%20a%20child%20union%20-%207.pdf.pdf>
- 47 Kita-Gutschein, https://www.elbkinderkita.de/en/kinder_und_eltern/finanzierung/kita_gutschein/index.html
- 48 City of Malmö (2020), "Malmö pledge", *EUROCITIES Inclusive Cities for All*, <https://eurocities.eu/wp-content/uploads/2020/08/Malmo-pledge.pdf>
- 49 Weedy, S. (2020), "Belgian cities' games packages for vulnerable kids in lockdown", *Child in the City*, <https://www.childinthecity.org/2020/04/14/belgian-cities-games-packages-for-vulnerable-kids-in-lockdown>
- 50 Zecca, G. (2016), Implementing the Youth Guarantee at local level: challenges and opportunities, *EUROCITIES*, <https://slideplayer.com/slide/13081971/>
- 51 ATD Fourth World (2019), "Zero Long-Term Unemployment Zones' Experiment in France: Work as a Common Good", <https://www.atd-fourthworld.org/zero-long-term-unemployment-zones-experiment-in-france-work-as-a-common-good/>
- 52 Jugendberufsagentur, <https://www.jba-berlin.de/en>
- 53 Rennes Métropole, "L'accompagnement au numérique dans les espaces publics", <https://metropole.rennes.fr/laccompanyment-au-numerique-dans-les-espaces-publics>
- 54 https://www.pes.eu/export/sites/default/_galleries/Documents-gallery/AFeministEconomyForEurope_FINAL-WEB.pdf_2063069299.pdf
- 55 S&D Fraktion (2018), Charta der Selbstverpflichtung gegen sexistische Werbung, https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/Charter_Sexist_Advertising_en_180306.pdf
- 56 City of Malmö (2011), Implementation of the "Ten-point-plan of action" against racism and discrimination, https://www.eccar.info/sites/default/files/document/malmo_-_rapport2011.pdf
- 57 Carlot, P. (2020), "La Ville de Bruxelles se dote d'un plan d'action LGBTQI+ pour lutter contre les discriminations", *RTBF Info*, https://www.rtbf.be/info/regions/bruxelles/detail_la-ville-de-bruxelles-sedote-d-un-plan-d-action-lgbtqi-pour-lutter-contre-les-discriminations?id=10587633
- 58 Weltgesundheitsorganisation (2007), Global Age-friendly Cities: A Guide, https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/43755/9789241547307_eng.pdf;jsessionid=D269778BC2364F31854CCEE6349C60D?sequence=1
- 59 Criado-Perez, C. (2019), Invisible Women. Data Bias in a World designed for Men.
- 60 Europäische Kommission (2013), Reclaiming city streets for people: Chaos or quality of life?, https://ec.europa.eu/environment/pubs/pdf/streets_people.pdf
- 61 Criado-Perez, C. (2019)
- 62 Gössling, S. (2020), "Why cities need to take road space from cars – and how this could be done", *Journal of Urban Design*, 25(4), <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13574809.2020.1727318>
- 63 Mobilitäts zentral (2020), "Kostenloser Transport", <https://www.mobiliteit.lu/de/fahrscheine/kostenloser-transport/>
- 64 SPE (2019), "Ein neuer Sozialvertrag für Europa", Manifest der SPE 2019, https://www.pes.eu/export/sites/default/_galleries/Documents-gallery/PES-Manifesto-2019_DE.pdf_2063069299.pdf
- 65 SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen (2019), "Progressive Cities and Regions Are Best Placed to Fight for Women's Rights in Europe", <https://pes.cor.europa.eu/International-Womens-Day-19>
- 66 OECD (2020), Early Learning and Child Well-being: A Study of Five-year-Olds in England, Estonia, and the United States, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/3990407f-en>.
- 67 OECD (2019), "Public procurement", *Government at a Glance*, <https://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=94406>
- 68 Reporterre (2019), "Comment Paris a repris le contrôle de la gestion de l'eau", <https://reporterre.net/Comment-Paris-a-repris-le-contrôle-de-la-gestion-de-l-eau>
- 69 Pennycook, M. (2020), "TfL must take over London's suburban rail to help our commuters", *PoliticsHome*, <https://www.politicshome.com/thehouse/article/tfl-must-take-over-londons-suburban-rail-to-help-our-commuters>
- 70 SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen (2020), "Cities and regions must be part of the future of Europe", <https://pes.cor.europa.eu/cities-and-regions-must-be-part-future-europe>

- 71 Europäischer Ausschuss der Regionen (2016), The growth potential of an integrated EU Urban Agenda, https://cor.europa.eu/en/engage/studies/Documents/Growth_potential_integrated_urban_agenda.pdf
- 72 SPE (2020), The Circular Transition: Towards an economy that puts people first and respects the limits of the planet, <https://www.pes.eu/en/news-events/events/pes-brochures/>
- 73 Eurostat (2019): Record recycling rates and use of recycled materials in the EU. Circular Economy in the EU. 04.03.2019. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9629294/8-04032019-BPEN.pdf/295c2302-4ed1-45b9-af86-96d1bbb7acb1>
- 74 O'Sullivan, S. (2020), "Berlin Now Has a City-Run Recycling Department Store", Bloomberg CityLab, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-09-17/to-cut-waste-berlin-opens-its-own-secondhand-shop>
- 75 Netzwerk der SPE-Tourismusminister (2020), "For a safe and coordinated relaunch of European tourism", https://www.pes.eu/export/sites/default/Downloads/PES-Documents/PES-Tourism-Ministers-Joint-declaration-For-a-safe-and-coordinated-relaunch-of-European-tourism.pdf_2063069299.pdf
- 76 URBACT (2020), "Beavoyager, not a tourist: Introducing the Action Planning Network Tourism-Friendly Cities", <https://urbact.eu/%E2%80%9Cbe-voyager-not-tourist%E2%80%9D-introducing-action-planning-network-tourism-friendly-cities>
- 77 O'Sullivan, F. (2020), "Lisbon Has a Plan to Reclaim Housing From Airbnb", Bloomberg CityLab, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-07-08/lisbon-s-plan-to-reclaim-vacation-rentals-for-housing>
- 78 CCFLA (2015), State of City Climate Finance 2015, Cities Climate Finance Leadership Alliance (CCFLA). <http://ccfla.wpengine.com/wp-content/uploads/2015/12/CCFLA-State-of-City-Climate-Finance-2015.pdf>
- 79 International Finance Corporation (2017), Climate Investment Opportunities in Cities : An IFC Analysis, <https://www.ifc.org/wps/wcm/connect/875afb8f-de49-460e-a66a-dd2664452840/201811-CIOC-IFC-Analysis.pdf?MOD=AJPERES&CVID=mthPzYg>
- 80 Eurodad (2018), History RePPeated: How Public Private Partnerships are failing, http://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/eurodad/legacy_url/396/1546956-history-repppeated-how-public-private-partnerships-are-failing-.pdf?1594238168
- 81 KfW Research (2019) "Green bonds – a sustainable alternative for municipal infrastructure finance?", Focus on Economics, No. 245, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-englische-Dateien/Fokus-2019-EN/Fokus-No.-245-March-2019-Green-Bonds.pdf>
- 82 KfW Research (2019) "Green bonds – a sustainable alternative for municipal infrastructure finance?", Focus on Economics, No. 245, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-englische-Dateien/Fokus-2019-EN/Fokus-No.-245-March-2019-Green-Bonds.pdf>

SPE-PUBLIKATIONEN

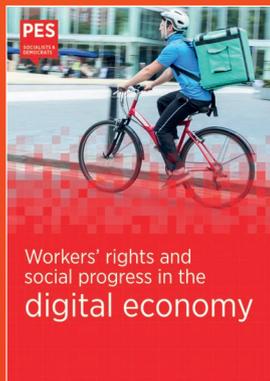
Mai 2016



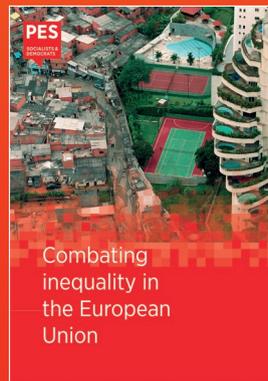
Juli 2017



September 2017



Oktober 2018



November 2018



Oktober 2018



Juni 2020



Juli 2020



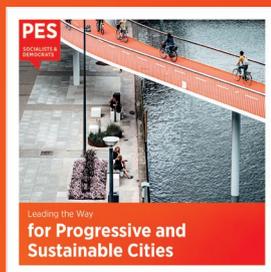
September 2020



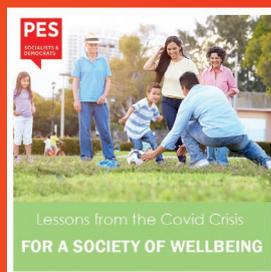
Januar 2021



Februar 2021



Februar 2021



Auch hier abrufbar: www.pes.eu/en/news-events/events/pes-brochures
Verfügbar auf Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch



Bei Fragen zu politischen Maßnahmen zur
Förderung nachhaltiger Städte wenden Sie sich
bitte an Michael Forte: Michael.Forte@pes.eu

Folgen Sie uns auf
www.pes.eu
www.facebook.com/pes.pse
www.twitter.com/pes_pse
www.instagram.com/pes_pse

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)
10-12 Rue Guimard
1040 Brüssel
Belgien
T +32 2 548 90 80
info@pes.eu

Diese Veröffentlichung wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt.
Die alleinige Haftung liegt beim Autor. Das Europäische Parlament ist für
keinerlei Verwendungszwecke der darin enthaltenen Informationen verantwortlich.
Diese Broschüre wurde auf Recyclingpapier mit umweltfreundlicher wasserbasierter
Tinte gedruckt.

Februar 2021

AISBL-BBCE-N 0897.208-032